



# Der Landtagswahlkampf in Sachsen

Von Hermann Jacobs, Leipzig

In der Sitzung des Sächsischen Landtags vom 20. Mai wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag auf Auflösung des Sächsischen Landtags mit 60 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen 40 Stimmen aller übrigen Parteien angenommen. Die Wahl des neuen Landtags findet am 22. Juni statt.

Die verzweifelten Versuche, diesen Landtag, dessen Mehrheit seit dem Sturz der reaktionären Bürger-Regierung am 18. Februar nicht in der Lage war, eine neue lebensfähige Regierung zu bilden, trotz alledem noch weiter am Leben zu erhalten, sind endgültig gescheitert.

Bis zum letzten Augenblick wurde ein widerlicher Kuhhandel getrieben; um die Auflösung, die alle Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten und vielleicht noch der Nationalsozialisten wie die Pest fürchteten, zu verhindern.

Die Sozialdemokratie hat nicht nur in den vergangenen Monaten immer und immer wieder versucht, durch die schamlose Anbiederung an die Parteien der Bourgeoisie zur Bildung der Großen Koalition, die in diesem Landtag allein eine tragfähige parlamentarische Mehrheit gehabt hätte, zu kommen. Sie hat nicht nur Schritt für Schritt auch die geringsten ihrer Forderungen den Wünschen der Volkspartei geopfert, um schließlich ihre bedingungslose Bereitschaft zum Eintritt in Koalitionsverhandlungen zu erklären. Ja, die Führer der „Linken“ sächsischen Sozialdemokratie gingen noch einen Schritt weiter:

Die demokratische „Neue Leipziger Zeitung“ meldet am Mittwoch, dem 21. Mai, daß die sächsische Sozialdemokratie sogar bereit gewesen sei, in der letzten Sitzung des sächsischen Landtages ihren Auflösungsantrag zurückzuziehen und die rechtzeitige Verabschiedung des sozialreaktionären Etats der Bürgerblock-Regierung zu ermöglichen unter der einzigen Voraussetzung, daß die Deutsche Volkspartei sich bereit erkläre, nach der Sommerpause im Herbst über die Bildung einer Koalitionsregierung zu verhandeln. Die Volkspartei hat selbst dieses letzte Angebot der „Linken“ abgelehnt, die den reaktionären Etat annehmen wollten, wenn ihnen nur dafür im Herbst ein paar Ministeressel gewinkt hätten.

Die Entwicklung der „linken“ Sozialdemokratie in Sachsen in dem Jahr seit der Landtagswahl vom Mai 1929 ging in dem gleichen Maße nach rechts, zum ausgeprochenen Sozialfaschismus, wie zur selben Zeit die SPD. im Reichsmagazin gewisse „linke“, scheinradikale Töne anzuschlagen gezwungen war. Es war die Leipziger Sozialdemokratie, die als erste einen offenen Beschluß für die Koalition in Sachsen annahm und die damit ihre seit sechs Jahren betriebene Abstinenzpolitik einer scheinbaren „Opposition“ aufgab. Es ist auch kein Zufall, daß es gerade der Leipziger sozialdemokratische Polizeipräsident Gleichen er war, der anlässlich des Reichsjugendtages des kommunistischen Jugendverbandes Ostern 1930 in Leipzig seine Polizei auf die unbewaffnet demonstrierenden Jungkommunisten schickte, wobei zwei Jungarbeiter ermordet, zahlreiche andere verletzt wurden. Aber nicht genug damit, wagte es die Leipziger Parteiführung der SPD, den im Verlauf der Zusammenkünfte ums Leben gekommenen Mörder des Jungkommunisten Dyba, den Polizeihauptmann n. Galle, der seit 1923 eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, mit roten Fahnen zu beerdigen. Ja, der Vertreter der Leipziger SPD. feierte bei dieser Gelegenheit den sozialfaschistischen Polizeihauptmann und Arbeitermörder sogar als „Sozialisten“.

Erst in diesen Tagen gab die „linke“ sächsische SPD. einen weiteren Beweis ihrer sozialfaschistischen Entwicklung und ihrer Koalitionsfähigkeit gegenüber den Unternehmerparteien, als die sozialdemokratische „Dresdener Volkszeitung“ eine Rede des Vorsitzenden des Verbandes Sächsischer Industrieller, des Direktors Wilhelm Wiltke, wie sie selbst schrieb, „auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Verband Sächsischer Industrieller und der Dresdener Volkszeitung“ ihren Feiern in Sonderabdruck beilegte, eine Rede, die den schlimmsten sozialreaktionären Kurs des sächsischen Unternehmertums propagiert, wie er gerade jetzt in der Kündigung des Metalltarifs durch die Unternehmer bei gleichzeitiger Forderung des direkten Lohnabbaus und in dem 57-Stunden-Schiedsspruch des zentralen Schiedsgerichts Westsachsen für die Textilindustrie zum Ausdruck kam.

Aber weder der organisierte Arbeitermord der Gleichen-Polizei, noch die Schändung der roten Fahne bei der Beerdigung des Arbeitermörders, noch diese beispiellose Propaganda der Unternehmerrpolitik durch die sozialdemokratische Presse haben die Volkspartei in diesem Augenblick geneigt gemacht, die Koalition mit der Sozialdemokratie zu bilden.

Für die sächsische Bourgeoisie, insbesondere aber für ihre führende Partei, die Volkspartei, ist das Ziel dieses Wahlkampfes offenkundig. Es soll in dem Arbeiterland Sachsen der gleiche Zustand geschaffen werden, wie er in dem benachbarten Thüringen seit dem Eintritt der Nazis in die Regierung bereits besteht, die Herrschaft der sächsischen Reaktion. Wie tief die beginnende Wirtschaftskrise sich in der letzten Zeit gerade in Sachsen ausgewirkt hat, dafür brachte vor wenigen Tagen die demokratische „Neue Leipziger Zeitung“ in ihrem Wirtschaftsteil äußerst anschauliche Zahlen. Das Blatt stellt fest, daß der Beschäftigungsrückgang in nahezu allen Industriezweigen Sachsens auch jetzt noch anhält. Mitte April überstieg die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden den Stand des Vorjahres um 73 Prozent. Seit dem April 1928 ist der Anteil Sachsens an der gesamten deutschen Erwerbslosigkeit ununterbrochen gestiegen. Mitte April 1928 machte dieser Anteil Sachsens an der Gesamterwerbslosigkeit Deutschlands 8,5 Prozent, Mitte April 1929 bereits 9,3 Prozent und Mitte April 1930 nicht weniger als 13 Prozent aus!

In einer solchen Situation versucht die sächsische Bourgeoisie, ihren Hungertis — die Durchführung des Young-Plans ohne Schwächung der Kapitalistenprofite — mit der größten Rücksichtslosigkeit und mit immer entsetzlicher faschistischer Methoden durchzuführen. In diesem Augenblick ist für sie die aktive und offizielle Mittels des Nationalsozialismus günstiger, als die offene Koalitionspartnerschaft der Sozialdemokratie, von deren aktiver Dienstbereitschaft auch in der „Opposition“ für die Erhaltung und Verteidigung des kapitalistischen Systems sich die Bourgeoisie sechs Jahre lang genugsam überzeugt hat.

Die Entwicklung der Nationalsozialisten von einer gegen den Staat eingestellten radikalen Partei zu

# Brüning gibt die letzten Fememörder frei

## Erweiterung der Amnestie des Jahres 1928 soll in Kürze dem Reichstag vorgelegt werden

Die Fememörder, die heute noch in den Gefängnissen des kapitalistischen Deutschland sitzen, können wahrscheinlich an den Fingern abgezählt werden. Sie sind fast alle freigelassen worden, ebenso die sächsischen Bombenattentäter. Aber die proletarischen Revolutionäre, die Margies, Gökeler, Peters, Nachtigall, die 40 kommunistischen Redakteure und die unzähligen Arbeiter, die wegen ihres Kampfes gegen das kapitalistische Ausbeutersystem in Ketten geschlagen wurden, sie sitzen bis zur Stunde hinter den Gefängnismauern der Weimarer „Republik“.

Nun plant die Brüning-Regierung anlässlich der Rheinland-Räumung auch die letzten Fememörder freizulassen.

Bereits in wenigen Tagen soll dem Reichstag eine Erweiterung der Amnestie aus dem Jahre 1928 zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Inzwischen haben die Regierungsparteien fieberhafte Besprechungen abgehalten. Die Deutschnationalen fordern Amnestierung aller wegen Morbstaten mit politischen Hintergründen bis zum Jahre 1928 Verurteilten, das Zentrum verlangt die Amnestie für alle Tötungsdelikte bis zum 1. April 1924. Ausgenommen sollen lediglich die Mörder Erzbergers und Rathenaus werden.

Während die bürgerlichen Parteien hinter den Kulissen verhandeln, um ihre bewährten Fememörder in Freiheit zu setzen, auf daß sie neue Untaten gegen das revolutionäre Proletariat begehen können, muß die Arbeiterklasse um so stärker ihre Stimme erheben. In allen Betrieben, auf allen Stempelstellen gilt es, innerhalb der nächsten Tage eine breite wuchtige Massenaktion zu entfalten, gilt es, der Bourgeoisie gebieterisch die Forderung entgegenzuschleudern:

Her mit der Vollamnestie für sämtliche proletarischen politischen Gefangenen!

Gemeinsam mit der roten Hilfe und der kommunistischen Partei muß diese Forderung erkräftigt werden.

## Die Unterstützungsräuber verhandeln

Zur selben Zeit, da Groener im Reichstag ankündigt, daß der auf 786 Millionen angelegte Wehretat im nächsten Jahre noch bedeutend erhöht werde, haben die Parteiführer mit Stegerwald und Moldenhauer über den neuen Abbau der Arbeitslosenunterstützung verhandelt. Wo 800 Millionen für Reichswehr und Marine und rund 2 Milliarden für Polizeizwecke ausgegeben werden, soll zur Unterstützung der Arbeitslosen kein Reichsgeld mehr gegeben werden. Die Unterstützungsräuber haben es auch deshalb so eilig mit dem neuen Abbau der Arbeitslosenunterstützung, weil die Besitzsteuern noch mehr abgebaut werden. Die großkapitalistische „Köln. Ztg.“ vom 22. Mai (Morgenausgabe) schreibt:

„Jede Vertagung der Entscheidung würde dem Grundgedanken der Finanzengparierung widersprechen und die Steuerentlastungspläne des nächsten Jahres gefährden. Es darf für das Rechnungsjahr 1930 keine irgendwie beträchtlichen Zulassforderungen in einem Nachtragshaushalt geben, wenn nicht die Lastensenkung wieder auf unbestimmte Zeit verschoben werden soll.“

Bei den Verhandlungen der Regierungsvorteiler wurde auch wieder der Plan einer Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung um ein volles Prozent des Arbeitslohnes besprochen, ebenso wurde ein Notopfer der Zeitbesoldeten erörtert. Einig sind sich aber die Führer der Regierungsparteien mit der Brüning-Regierung, daß der Abbau der Arbeitslosenunterstützung so rasch als möglich erfolgen soll.

Die Arbeiterklasse muß die Gegenwehr verstärken.

einer Partei der aktiven Teilnahme an der Staatsmacht, wie sie besonders in der Haltung Frids in Thüringen deutlich zum Ausdruck kommt, hat auch in Sachsen begonnen. Die soziale Basis der Anhänger der Nationalsozialisten verschiebt sich immer mehr ins Bürgerliche, wenn auch andererseits die ungeheure Gefahr nicht unterschätzt werden darf, daß die Nationalsozialisten einen Teil der durch die sozialfaschistische Politik enttäuschten Arbeiter der SPD. mit Hilfe ihrer beispiellosen „sozialen“ Demagogie für sich gewinnen. Daß einem Teil der nationalsozialistischen Führer diese soziale Verschiebung in ihren eigenen Reihen Schwierigkeiten in der Agitation bereitet, das hat erst vor wenigen Tagen am 17. Mai Graf Reventlow im „Sächsischen Beobachter“ in den folgenden Sätzen eingestanden:

„Die Gewinnung eines einzigen Arbeiters für die nationalsozialistische Bewegung ist unendlich wertvoller, als Vertrittserklärungen von einem Duzend männlicher und weiblicher Exzellenzen, überhaupt von „gehobenen“ Persönlichkeiten, die der Partei die Ehre antun wollen, ihr anzugehören.“

Während so das Ziel der sächsisch-bürgerlichen Reaktion in diesem Wahlkampf auf die Herbeiführung eines einheitlichen sächsischen Blöds zwischen Sachsen und Thüringen gerichtet ist, setzt die Sozialdemokratie ihre ganze Hoffnung darauf, bei dieser Wahl doch noch die Große Koalition in Sachsen herbeizuführen. Das kommt am deutlichsten in dem Leitartikel des „Vorwärts“ vom 21. Mai zum sächsischen Wahlkampf zum Ausdruck, der die bezeichnende Ueberschrift trägt: „Heran an die Macht! — Der Sturz der sächsischen Landtagswahl.“ In diesem Artikel wird der sächsischen SPD. vorgehalten, daß sie in sechs Jahren Opposition nicht vermocht habe, dem Bürgerlichem Erfolge abzurufen. Die Erfahrungen besonders unter der Regierung Brüning hätten „eine tiefe Umstellung in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter vollzogen“. Die Sozialdemokratie gehe deshalb in diesem Wahlkampf mit dem Ziel, „daß im Arbeiterlande Sachsen die Massenpartei der Arbeiterklasse“ — gemeint ist die SPD. — „wieder die Hand an das Steuer des Staates legen“ — sprich: Ministeressel besteigen und Koalitionspolitik treiben kann.

Es wäre natürlich gefährlich, die Wirkung der sechsjährigen Oppositionsstellung der „linken“ SPD. die ihren Führern eine verhältnismäßig große Autorität unter den Arbeitern gesichert hat, als das im Reichsmagazin der Fall ist, zu unterschätzen. Aber gerade die offene sozialfaschistische Entwicklung der „linken“ sächsischen SPD.-Führer im Laufe des letzten Jahres hat die Voraussetzungen zu einer tiefergehenden Kräftigung dieses Ansehens geschaffen. Das ist das

Es muß auch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß diejenigen dem Abbau der Arbeitslosenunterstützung den Weg weisen haben, die die Einführung des Beschäftigungssystems betrieben haben — das sind die SPD. und DDB. Führer. Ehe das Versicherungssystem durchgeführt war, war der Reichsfinanzminister gezwungen, zur Unterstützung der Arbeitslosen jährlich bis zu 70 Millionen beizusteuern. Die SPD. forderte im Einvernehmen mit der Bourgeoisie das Versicherungssystem, um den Abbau der Unterstützung zu ermöglichen. So wurden einerseits den Arbeitern immer neue Beitragslasten aufgebürdet, die Unterstützung wurde immer mehr gekürzt und die Zuschüsse aus der Reichskasse sollen jetzt überhaupt eingestellt werden. Die SPD. hat diese Entwicklung gefördert, die SPD. hat den großen Abbau im Herbst vorigen Jahres ermöglicht und sie wird auch dem neuen Abbau Weghelfer sein. Nur die kommunistische Partei kämpft gegen den Unterstützungsraub, unter ihrer Führung müssen die werktätigen Massen kämpfen.

## Wahlrechtsreform gegen das Proletariat geplant

Die Schwerindustrie „Kölnische Zeitung“ vom 22. Mai begrüßt die Ausführungen des Innenministers Wirth bezüglich der „Wahlrechtsreform“, die er während der Beratungen des Innenrats im Reichstag gemacht hat.

Das Unternehmertum weiß sogar bereits von einem Gesetzentwurf zu melden, der von Wirth vorbereitet wird. Dieser Entwurf zielt auf nichts weniger hinaus, als auf eine praktische Abschaffung des bisherigen Wählerwahlrechts. An seine Stelle soll die reaktionäre Form des Wahlkreisystems nach englischem Muster treten, demzufolge in jedem Wahlkreis nur immer ein abgeordneter gewählt wird, der die einfache Stimmenmehrheit besitzt.

Sämtliche Reststimmen verfallen dadurch. Aber Wirth will sogar noch weiter gehen. Ebenfalls ganz nach dem Muster der reaktionären englischen Wahlgesetzgebung sollen

die Wahlkreise verkleinert und die Agrarbezirke auf die proletarischen Schwerindustriebezirke aufgeteilt werden, damit die bürgerlichen Parteien auf diese Weise das Übergewicht der proletarischen, für die kommunistische Partei stimmenden Wähler abschwächen können.

Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß die Brüning-Regierung auch auf dem Gebiete der Wahlrechtsreform den Kurs der Faschisierung durchzuführen gewillt ist, ohne Rücksicht auf die sozialgezielte „demokratische“ Verfassung. Die Einheitsfront über Arbeiter kann und muß diese neuen arbeitereindlichen Pläne der Brüning-Regierung zuhanden machen.

## Eine neue Steuer

Die bayrischen Koalitionsparteien beraten gegenwärtig ein Finanzprogramm. Die Bauernpartei hat vorgeschlagen, die höheren Einkommen zu einem entsprechenden Verwaltungsbeitrag heranzuziehen. Ferner wurde der Vorschlag einer gestaffelten Kopfsteuer, einer sogenannten „Heimatsteuer“ gemacht. Ob die Steuer nun Heimatsteuer oder Kopfsteuer heißen wird, auf alle Fälle sollen die 22 Millionen Defizit im bayrischen Haushalt von der werktätigen Bevölkerung getragen werden. Durch die „Heimatsteuer“ wird den Arbeitern und kleinen Bauern das letzte „Heimatgefühl“ für das sächsisch-bayrische Bayern ausgetrieben werden.

gerade Gegenteil einer solchen „Umstellung in den Köpfen der sozialdemokratischen Arbeiter“ — einer Schwendung zur Koalitionspolitik nämlich —, wie sie der „Vorwärts“ konstruiert. Umgekehrt: es vergeht auch in Sachsen wie im ganzen Reich kaum eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratie, in der es nicht zu den schärfsten Auslassungen sozialdemokratischer Arbeiter über die Politik der SPD.-Führer kommt.

Aus alledem ergibt sich für die kommunistische Partei in diesem Wahlkampf eine sehr günstige Situation. Unsere Partei, die bei den letzten Parlamentswahlen einen Rückschlag erlitt, ist durch die keineswegs nur organisierte, sondern außerordentlich politische Maßnahmen der Reorganisation der drei sächsischen Parteibeiräte zu einem einheitlichen Sachsenbezirk innerlich erlärkt. Sie ist in steigendem Maße auch im Bewußtsein der breiten Massen der sächsischen Arbeiterklasse heute die einzige vorhandene Kraft, die dem faschistischen Ansturm der Nationalsozialisten und des Bürgerblocks entgegenzutreten und zugleich die kämpfende revolutionäre Einheitsfront mit den immer tiefer von der Politik ihrer Führer enttäuschten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter zu schließen vermag, die diese Arbeiter von den „linken“ Führern loslösen und sie in die rote Klassenfront des Proletariats einreihen kann.

Der Wahlkampf vollzieht sich im Zeichen der schärfsten Zuspitzung des Klassenkampfes, im Zeichen des Generalangriffs der Metall- und Textilindustriellen auf die Hungerlöhne der sächsischen Arbeiterklasse, im Zeichen des offenen Bündnisses der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie und der „linken“ sozialdemokratischen Presse mit dem profitgierigen Unternehmertum und seinen nationalsozialistischen Hilfstruppen. Dieser Wahlkampf vollzieht sich aber auch im Zeichen der sich zum Kampf formierenden Massen unter dem Banner des Sozialismus, unter der Führung anderer sächsischen Parteiorganisationen.

Die Arbeiterklasse ganz Deutschlands sieht dem Ausgang dieses Wahlkampfes, der in engster Verbindung mit den außerparlamentarischen Kämpfen gegen die Hungeroffensive der Unternehmern, gegen den sozialfaschistischen Polizeiterror und die nationalsozialistischen Morbstaten geführt werden wird, mit größter Spannung, mit dem Gefühl der engsten Kampferbundenheit entgegen. Sein Ausgang wird von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der revolutionären Arbeiterbewegung in einem der wichtigsten Industriegebiete Deutschlands und darüber hinaus für die gesamte deutsche Arbeiterklasse sein.

# Kramer, Wüstegiersdorf, will Sportler spalten

Aus Wüstegiersdorf wird uns von einem Arbeitersportler geschrieben:  
Die sozialfaschistischen Gewerkschaftsbögen Kramer und Co. versuchen im Verein mit drei Fußballern: Heiwlich, Schulz und Deuse, die hiesige Arbeiter-Turn- und Sportbewegung zu spalten, indem diese traurigen Gestalten beim Bezirksvorsitzenden Wähner den Ausschluß der Sportler beantragen, die am 1. Mai unter ihrer Fahne im Sportdreh mit den Kommunisten und für ihre Forderungen demonstrierten.

Run, die Sportler wissen, daß sie am 1. Mai auf die Straße gehören, und handelten danach. Die Kramer und Co. bringen keine Demonstration mehr zustande. Sie sehen ihrem Zerfall entgegen und glauben durch Ausschluß aus Verbänden und Arbeiter-Sportbewegung ihren Platz noch behaupten zu können. Na, die arbeitende Klasse wird euch schon den verdienten Fußtritt geben. Hoffentlich lassen sich diese Heiden am Freitag in der Mitgliederversammlung sehen, in welcher Wähner und Franke erscheinen. Die Turner werden ihnen keine Antwort schriftlich geben.

Sportler, legt ihnen ihr Handwerk. Schließt fester die Reihen! Nehmt Fühlung mit den bereits ausgeschlossenen! Beschickt das Reichstreffen der roten Sportler in Erfurt!

## Wer fragt danach?

Waldburg. In der Nacht zum Donnerstag wurde in der 18. Abteilung des Tiefbauzuges der Fürstensteiner Gruben der 28jährige Hauer Karl Sühmuth aus Neulässig von einem herabstürzenden Stiel Holz getroffen. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, dem er bald nach seiner Entlieferung ins Knappschaftsblazarett erlag.

Striegau. Am Donnerstag ging bei Sprengungen im Kalkhauser Bruch bei Groß-Rosen ein Sprengschuß nicht los. Als hierauf Nachbohrungen vorgenommen wurden, löste sich plötzlich der Arbeiter Gustav Lenke aus Klein-Rosen wurde durch den Druck des Bohrers auf der Stelle getötet. Er hinterläßt Frau und zwei unversorgte Kinder.

Proletarier erschlagen — wer fragt danach?

## Arbeiter-Samariterkolonne Waldburg-Altwasser.

Sonnabend, den 24. Mai, um 20 Uhr, beginnt der Massagekursus im Jugendheim Seifers-Turnhalle. Alle aktiven Mitglieder müssen amwesend sein.

Fellhammer. Freireligiöse Gemeinde. Öffentlicher Vortrag Sonntag, den 26. Mai, um 14 Uhr, in der „Brauerei“ Langwälderzsdorf. Dozent Stauffer spricht über „Bielgötterei im Christentum“. Hierzu sind alle Interessenten von Fellhammer und Langwälderzsdorf eingeladen.

## Freiburg

Von Blitz erschlagen! Bei einem am Mittwoch über der Gegend mütendem Gewitter mit Hagelschlag suchte der 18jährige Erich Walter aus Pölsitz und eine Jungarbeiterin in Pölsitz unter einem Baume Schutz. Der Blitz schlug in den Baum. Der Jungarbeiter, der direkt getroffen wurde, war sofort tot.

## Schweidnitz

### Streiflichter.

Zum Entsetzen aller Spieler treten unsere Genossen bei den stattfindenden Elternratswahlen zum erstenmal mit selbständigen Listen an den Volksschulen auf. Genossen, alle Kräfte ans Werk. Jede Elternstimme der Liste „Proletarischer Schulkampf“.

Hals! Am Sonntag, dem 25. Mai, in Grumau, „Schneepflanz“, erstes großes Gartenfest des Schweidnitzer Arbeiter-Schalmehorchs. Schießstand — Tombola. Im Saal Tanz. Zwei Kapellen. Kinder werden bewirtet. Beginn 15 Uhr.

Ueberstundenchieberei en gros ist wieder im Stadl. Gas- und Wasserwerk allgemeine Mode geworden. Auf der Baustelle Moltkestraße kann man sehen, daß die meisten vom Lande stammenden Schlosser und „Silfsmonteur“ bis abends um 10,30 Uhr schufteten.

Und dabei entläßt man wegen Arbeitsmangel langjährige Arbeiter. Eine Frage: Warum läßt der oppositionelle Betriebsrat dies einreichen? Fürchtet er sich vor den Reformisten? Kollege Kauer, tue deine Pflicht!

## Landeshut

### Heraus gegen die Nationalfaschisten!

Die Absuhr, welche die Nordbanditen in den letzten Versammlungen seitens der hiesigen Arbeiterschaft erhielten, genügt ihnen noch nicht. Sie, die nur mit auswärtiger Unterstützung, welche mit Nord-

## Um was geht es in Volkenhain?

Nach der Wahl am 17. November 1929 rüdten mit großem Triumph 5 Sozialdemokraten, 3 Halentreuzler, 5 vom übrigen bürgerlichen Wählermasch und 2 von den Beamten, die bei der Wüstimmung zur SPD. schlugen, in das Parlament. Diesen gegenüber stand ein Kommunist. Die Wählerchaft Volkenhains, die da glaubte, daß all die Versprechungen, die ihr von seiten der Sozi sowie Nazi gemacht wurden, erfüllt würden, sehen sich betrogen. Vom ersten Tage des Zusammentritts des Stadtparlaments an begann eine Kackbalgeret. Warum? Nicht etwa, um gerechte Forderungen der Arbeiter und des kleinen Bürgertums. Nein! Nur darum, wer sich in den Sessel mit der hohen Lehne setzt, wer Stadtverordnetenvorsteher wird. Darum stritten sich diese würdigen Vertreter wochenlang, darum sprang das Parlament auseinander. Unser Genosse hatte die Parteiamweilung übergegangen und sich für den SPD.-Vorschlag Schwescha entschieden, daher war Stimmengleichheit vorhanden. Das Los entschied für die SPD. Hier soll ein Fehler vorgekommen sein und die Bürgerlichen suchten die Wahl an, jedoch nicht gleich, sondern erst eine lange Zeit später. Tage benötigte die halengkreuzigte bürgerliche Gesellschaft, um in ihrem schwachen Gehirn festzustellen, daß bei dieser Vorsteherwahl etwas nicht ganz richtig gewesen sein soll. Es soll, wie man in dem Einpruch behauptete, ein Stimmzettel untergehoben worden sein, obwohl in dem Wahlvorstand der Halentreuzler Müller mit war und demgemäß die Schiebung mitgemacht haben müßte. Müller, sein Name ist Hase, wußte nichts davon. Der Bezirksausschuß entschied und erklärte die Wahl für richtig. Die acht Bürgerlichen griffen zur Obstruktion. Sie legten, nachdem man einige Sitzungen aufstiegen ließ, ihre Mandate nieder. Zugleich traten auch die Nachrüdekkandidaten zurück. Darauf hat das Staatsministerium das Parlament aufgelöst.

Was nun? Die SPD. macht sich die Geschichte einfach. Sie versucht die rebellierenden Wähler an der Stange zu halten und führt einen „Kampf“ gegen ihren ehemaligen Genossen, den Bürgermeister Seichter. Der bisherige Magistrat besaß stets einen arbeiterfeindlichen Charakter und hat allen Forderungen der Arbeiter, vor allem der Erwerbslosen und Ausgesteuerten, niemals Rechnung getragen. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen eine starke Erbitterung gegen den Magistrat vorhanden ist. Die SPD. führt in ihrer „Bergwacht“ nun nicht einen Kampf gegen den Magistrat, sondern nur gegen eine Person desselben, ihren ehemaligen Genossen Seichter, verschweigt aber, daß ihr Magistratsmitglied Seidel alle die Arbeiter und das Kleinbürgertum treffenden feindlichen Handlungen nicht nur mitgemacht, sondern oft befürwortete. Sie verschweigen, daß es ihr Genosse Seidel war, der den bürgerlichen Ziegeleibesitzer Meisner in den Magistrat wählte. Die SPD. führt nun einen Scheinkampf, um die rebellierenden Massen bei sich zu halten, darum der Kampf nur gegen eine Person, nicht gegen den gesamten Magistrat. Würde die SPD. gegen den gesamten Magistrat einen Kampf führen, dann müßte sie gegen ihre eigenen Genossen, gegen sich selbst das Feuer eröffnen.

Die Amtsperiode des Bürgermeisters Seichter ist bald abgelaufen. Als Schwescha SPD.-Stadtverordnetenvorsteher wurde, wurde aus seinem Familienkreise und von seinen Freunden laut, daß er nun „bald den Posten des Bürgermeisters erreicht habe“. Die Spahen preisen es von den Dächern, daß „Danz“ mit Leib und Seele für den demnächst freiwerdenden Posten des Bürgermeisters schwärmt. Hier ist aber das Geheimnis. Es geht um einen

waffen ausgerüstet unter Duldung der hiesigen Polizei gegen die Arbeiterschaft losgelassen werden, holen jetzt den Oberdemagogen Brückner aus Breslau heran, welcher über das Thema: „Warum ist der Arbeiter Margist und der Margist ein Feind des Geldes?“ sprechen soll. — Ausgerechnet die treuesten Stützen des Kapitals wollen über Margismus und Arbeiterschaft sprechen. Sie, die nichts gegen die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital (wenn es keine Juden sind) einzumenden haben, die noch nicht das geringste gegen Lohnbrud, Entlassungen usw. unternommen haben, die alle Verschlechterungen gegen die Erwerbslosen mitbeschlossen haben, die erst jetzt wieder an der Arbeit sind, neue Laffen den Arbeitern mitaufbürden zu helfen. Arbeiter! Wendet euch geschlossen ohne Rücksicht auf eure sonstige politische Einstellung, gegen diese Totbeirde des Proletariats! Jelgt am Freitagabend diesen Sendlingen des Kapitals, wie ihr über sie denkt!

Posten. Darum die ganze Kackbalgeret. Seichter war auch einst, wie der verstorbene Oberpräsident Zimmer in dem Einpruchsschreiben schrieb, „ein erprobter Sozialist“. Und heute? — Schwescha wird nicht zwölf Jahre benötigen, um sein arbeiterfreundliches Gesicht offen zu zeigen. Wir Kommunisten sind die Besten, die die Handlungen des Bürgermeisters Seichter etwa befürworten. Wir geben uns aber nicht der Illusion hin, daß es besser wird, wenn ein anderer Sozialdemokrat den Posten bekleidet. Was hilft es, ob der Bürgermeister Schwescha oder Seichter heißt, wenn beide nur Lagerhalter der bürgerlichen Gesellschaft sind. Am 6. Juli finden die Neuwahlen statt. Die Feuchter von den Nazi bis zu den Sozi werden den Massen wieder allerhand goldene Berge versprechen, um nur im Grad ins Parlament einzutreten zu dürfen. Wenn sie gewählt sind, balgen sie sich wieder um die Posten und kümmern sich einen Dred um die Nöte der breiten Masse. Gegen Endes können auch beide nichts ausrichten, sie haben nur durchzuführen, was ihnen Brüning oder Müller vordiktirt.

Ihr Ausgebeuteten und Unterdrückten, erkennt, daß auch nur der Zusammenschluß und der Kampf unter Führung der kommunistischen Partei aus diesem Elend ertreten kann!

## Bolkenhain

### Ein notorischer Schwindler entlarvt.

Zu Bolkenhain sprach vor einigen Wochen in einer öffentlichen Versammlung der SPD. der sozialdemokratische Bürgermeister Fechner aus Landeshut. Er behauptete im Schlußwort u. a. folgendes: Im Stadtparlament in Ruhland hätten die Kommunisten die Mehrheit. Dort hätte man früher der Kirche, den Pfaffen usw. ungeheure Summen Geld bewilligt. Wir sind jetzt in der Lage, durch Schriftstücke nachzuweisen, daß dies elender Schwindel ist und stellen folgende Tatsache fest: Im Stadtparlament in Ruhland gibt es keinen Kommunisten, der Genosse Hoff. In diesem Parlament haben bis jetzt Anträge zur Bewilligung solcher Mittel, wie Fechner behauptet, niemals zur Beratung gelangen. Nur ein Antrag lag vor, in dem der Pfister verlangte, ihm die Entschädigung für das Früh- und Abendläuten sowie das Läuten der Sturmglocke bei Feuers- und Wasserzögerung von 60 auf 100 Mark pro Monat zu erhöhen. Unser Genosse hat beantragt, das Früh- und Abendläuten einzustellen und nur die Sturmglocke zu läuten, es aber bei der bisherigen Entschädigung zu belassen. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Bei der Besetzung einer Lehrstelle für die Anstellung eines katholischen Junglehrers stimmten in Ruhland die Sozialdemokraten gegen den Antrag unseres Genossen, der verlangte, einen disidentischen Lehrer einzustellen. Andere Anträge, die mit kirchlichem Charakter zu vereinbaren wären, haben niemals vorgelegen. Vor der letzten Kommunalwahl waren im Stadtparlament in Ruhland überhaupt keine Kommunisten vertreten. Wir haben also festgestellt, daß die Behauptung des Bürgermeisters Fechner, Landeshut, eine bewusste Lüge war.

### Kreistagsitzung.

Am 6. Juni findet im Sitzungssaal des Kreishauses in Bolkenhain eine Kreistagsitzung statt. Unser Genosse Hiltner hat eine Reihe Anträge eingereicht zur Behebung der Erwerbslosigkeit, der Wohnungsnot und zur Erhöhung der Richtigke für Wohlfahrtsempfänger. Arbeitslose! Wohlfahrtsempfänger, Arbeiter, geht zu dieser Sitzung und stellt fest, wer eure Interessen vertritt!

# Konzernfrei

## Ein neues Schlagwort!

Für den Zigarettenraucher bedeutungslos, nichts sagend! Von vielen Zigarettenfabriken in der Werbung mißbraucht.

Interessiert es den Raucher zu wissen, ob wir konzernfrei sind?

Wir erklären: unsere Firma ist die größte der konzernfreien Zigarettenfabriken Deutschlands. Gleichzeitig erklären wir aber auch, daß wir nicht deshalb Qualität erzeugen, weil wir konzernfrei sind, sondern weil es unsere Tradition ist, nur die feinsten mazedonischen und türkischen Tabake für die Mischungen unserer Zigarettenmarken zu verwenden. Die Qualität der Bergmann-Zigaretten ist überall anerkannt.

Wir empfehlen Ihnen: Rauchen Sie Bergmann Privat 6g · Guldehof 5g  
Haus Bergmann-Zigarettenfabrik · A.G. Dresden.

# Oberschlesien

## Bonze Schmidt hegt Polizei gegen Kumpels

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Bergarbeiterverband hatte für vergangenen Sonntag nach dem Gewerkschaftstag eine öffentliche Bergarbeiterversammlung aufgerufen. Als Referenten hatte man sich den „Vollwiderstandler“ Dr. Berger geholt. Wenn man die Erschienenen glaubt, dort auf ihre Kosten zu kommen (mit Ausnahme von einigen wenigen Unentgeltlichen: wie Straßenaufsichtern, Hausmeistern, Arbeitsamtangehörigen, Betriebsräten von Kaplitz, Enoden u. a., den Schneidern, jetzt Bergarbeiter, Führer“ Schmidt nicht zu vergessen), so haben sie sich bitter enttäuscht. Dieser Doktor hat zwar lange gesprochen, hat aber nichts Neues gesagt. Immer dieselbe Dele, die der Kumpel von den Gewerkschaftsdiplomaten zu hören gewohnt ist.

Es ist eine öffentliche Versammlung war, mußte wohl oder übel der Schneider a. D. Schmidt eine Diskussion zulassen. Da sich nun verschiedene Kumpels zu Wort gemeldet, die dem Schneider als Oppositionelle, als Kommunisten allzu gut bekannt waren, und die Ausführungen dieses Doktors nicht unterließen, sondern den Kumpeln gesagt hätten, was sie von den ganzen Forderungen halten sollen, die der Kongress in Krakau, die Arbeitszeitkonferenz im Juli (und überhaupt der ganze Scheinadel am grünen Tisch), stellt. Sie hätten die Kumpel auf Sowjetrußland hingewiesen, das dieser „Doktor“ nicht mit einem einzigen Wort erwähnt hatte. Kurz und gut; Schmidt, der als Versammlungsleiter fungierte, hat die Kumpels nicht sprechen lassen mit der Begründung, daß nur Bergarbeiter sprechen dürfen. Der eine Kumpel, der sein ganzes Leben nur im Bergwerk gearbeitet, auf Grund der Betriebsbeschränkung oder abgebaut wurde, sollte also nicht sprechen. Das war natürlich der Anlaß zu einer Erregung, die sich der meisten Anwesenden bemächtigte und auch eine Landstube für den Proletariat Schmidt, die Polizei anzurufen. In Zukunft muß er aber der Polizei den genauen Ort angeben; nicht, wie das am Sonntag passiert ist, daß man vom Gewerkschaftshaus Polizei anfordert, diese aber nach dem Jugendheim auf die Sedanstraße geht, obwohl dort alles in Ordnung bei der Jugendleiterkonferenz vor sich ging. In Zukunft besser aufpassen „Schneiderlein.“

Der reformistische Unternehmerneid sei aber gesagt, daß als ihre Maßnahmen, die sie gegen die proletarische Revolution treffen, „Experimente an untauglichen Objekten“ sind. Die Wahrheit läßt sich nicht totschweigen. Immer mehr dümmert es in den Proletariatskämpfen. Und auch dieser Tag wird kommen, wo das Volk diesen sozialdemokratischen Verursacher der Lohnauszahlung, indem sie beständig bestärkt werden, wo sie schon längst hingehören. Zum Siege über die kapitalistische Ausbeutergesellschaft führt uns nur die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

## Hindenburg

### Oberschlesische Kokswerke erhöhen Profitanteil auf Kosten der Arbeiter.

Die oberchlesischen Kokswerke zahlen für das vergangene Betriebsjahr eine erhöhte Dividende an ihre Aktionäre aus.

Das bedeutet eine weitere Steigerung des Profitanteils auf Kosten der Arbeiter. Während auf der einen Seite die Lebenshaltung der Arbeiterklasse immer weiter sich verschlechtert, erhöht sich auf der anderen Seite von Jahr zu Jahr der „heilige“ Profit, als Folge der kapitalistischen Nationalisierung. Und was tun die Gewerkschaftsleiter? Sie erklären den Proleten, daß es der deutschen Wirtschaft — gemeint sind damit die Kapitalisten — sehr schlecht gehe, und man jetzt nicht Lohnforderungen stellen könne. Sie blasen auf Befehl der kapitalistischen Rechte in dasselbe Horn wie die Unternehmer, die da in alle Welt hinausposaunen, daß es ihnen so dreht, daß es sich nicht mehr lohnt, Unternehmer zu sein. Kein kapitalistischer Wankel ist bis jetzt unter die Proleten gekommen.

Der steigende Profit bei den Oberschlesischen Kokswerken ist auch darauf zurückzuführen, daß die Städte Hindenburg und Beuthen Millionen von Rubikmetern Kohle abnehmen. Wer hat dazu in den beiden Kommunen die Zustimmung gegeben? Die Sozialdemokraten in der Magistrat und den Stadterweiterungsversammlungen. Nicht den Wahlen der kommunalen Gesamtsitzungen, sondern die Ausschließung derselben haben Bürgerliche und Sozialdemokraten betrieben. Das gleiche Spiel auf Kosten der werktätigen Bevölkerung soll sich in Gleiwitz vollziehen.

Der Kampf gegen all die Machinationen der Unternehmer gegen die Arbeiter? Nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die SPD. Darum, Proleten der Kohlewälder, reißt euch auch in die rote Klassenfront ein! Verlasst auch eure Betriebe! Die Sozialisten, Christen und Faschisten, und wählt euch einer revolutionären Vertrauensmännerkörper, der die Organisation des vor uns stehenden Lohn- und Arbeitszeitkampfes vornimmt.

## Beuthen

Dr. Berger hält sich eine Abjur! Die Sozialdemokratie hält unter der „Birma“ des Bergarbeiterverbandes öffentliche Versammlungen ab, so auch in Beuthen am Montag, wo ein Dr. Berger aus Bochum gesprochen hat. Die Ausführungen des Referenten haben die anwesenden Bergarbeiter tatsächlich nicht ernstgenommen, das bewies der Beifall, den Genosse W. Schmidt bei seiner Diskussionsrede bekam. Weiteren Arbeitern, die sich zum Wort meldeten, erteilte man das Wort nicht. Polizei schickte auch hier nicht. Fünftzehn Mann hatte man im Volkshaus „einquartiert“.

Die Sozialdemokratie versucht in den öffentlichen Versammlungen mit radikalen Phrasen wieder an die Arbeiter heranzukommen. Alle Register werden „gegen“ die Hungerregierung brüning aufgezogen. Jetzt erklären frei und frech diese Galunken, daß sie gegen Bölle, gegen Massensteuern u. a. sind, während die Taxen was anderes befragen. Diese politischen Banditen spekulieren auf die Vergeßlichkeit der Arbeiterschaft. Kollegen, ihre Spekulation muß jündliche gemacht werden, indem ihr euch stärker als bisher um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition seht.

# Verlogene Frauenwerbung der SPD.

Die Sozialdemokratische Partei führt in der Zeit vom 18. Mai bis 1. Juni eine Werbekampagne unter den werktätigen Frauen. Es gelang der SPD bei der letzten Wahl, durch eine verlogene und beschwerliche Agitation zum Beispiel in Berlin 85 000 Frauenstimmen mehr zu erhalten, als die SPD. Man machte den Frauen allerhand Versprechungen. Auf schöngezeichneten Flugblättern zeigte man ihnen schöne neue Häuser, Kinos, Spielplätze, die den Arbeiterfrauen zur Verfügung ständen, wenn sie die Sozialdemokratische Partei wählen. Auf diese Weise versucht man die Frauen im Bahn zu erhalten, daß ein sozialistischer Staat durch Stimmzettel zu erreichen ist, und hält damit die Frauenmassen vom Klassenkampf zurück.

Nach den Wahlen haben die SPD-Führer keine einzige der gemachten Versprechungen verwirklicht. Subventionen und Abbau der Steuern für Weibchen, alle Kosten des Young-Plans auf die Schultern der Werktätigen, indirekte Steuern und hohe Zölle auf die lebensnotwendigsten Bedarfsartikel der proletarischen Bevölkerung, Zölle auf Fleisch, Getreide, Mehl, Fett, Eier, Kartoffeln, Raffinade, Tee, Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern, Umsatzsteuern, Erhöhung der Mieten durch Erhöhung der Grundvermögenssteuer — das sind die „Taten“ der SPD nach den Wahlen.

Nachstehend ein Zitat aus August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“, auf das sich die Sozialdemokraten immer berufen, und jede Frau kann es nachlesen, was Bebel zu einer solchen Art der Verlogung der Massen geschrieben hat.

„Die Natur des Klassenstaates behingt jedoch nicht nur, daß die ausgebeuteten Klassen in möglicher Rechtslosigkeit erhalten werden, sie bedingt auch, daß die Kosten und Lasten zur Erhaltung des Staates in erster Linie auf deren Schultern gelegt werden. Das ist um so leichter, wenn die Art der Lasten und Kostenanbringung unter Formen kauft, die ihren eigentlichen Charakter verleiern. Es liegt auf der Hand, daß hohe direkte Steuern zur Deckung der öffentlichen Ausgaben am so rebellischer wirken müssen, je niedriger das Einkommen ist, von dem sie erhoben werden. Es gebietet also die Klugheit den herrschenden Klassen, hier Maß zu halten und an Stelle der direkten die indirekten, das heißt Steuern und Abgaben auf die notwendigen Verbrauchsgüter zu legen, weil hierdurch eine Verteilung der Lasten auf den täglichen Verbrauch kauft, die für die meisten unsichtbar im Preise der Waren zum Ausdruck kommen und sie über die Steuerquoten, die sie zahlen, täuschen. Weizen, Brot, Salz, Fleisch, Zucker, Raffinade, Bier, Petroleum, Kohle oder Zoll u. a. jemand zahlt, ist den meisten unbekannt und schwer zu berechnen; sie ahnen nicht, wie hart sie geprügelt werden. Und diese Abgaben wachsen im Verhältnis zur Kopfzahl ihrer Familienmitglieder, sie bilden also die ungerechteste Besteuerungsart, die sich denken läßt. Umgekehrt bezahlen die besitzenden Klassen mit den von ihnen gezahlten direkten Steuern nach dem Maß der Höhe derselben die politischen Rechte zu, die sie der nichtbesitzenden Klasse zu verweigern. Dazu kommt die Staatshilfe und Staatsunterstützung, die sich die besitzenden Klassen durch Steuerprämien und Zölle auf alle möglichen Lebensmittel sowie durch sonstige Beihilfen in Höhe von vielen Hunderten Millionen jährlich auf Kosten der Masse gewinnen. Es kommen weiter hinzu die Mißbräunungen durch Preisserhöhungen auf die verschiedensten Verbrauchsgüter, die die großkapitalistischen Unternehmerorganisationen durch Ringe, Trusts und Syndikate vornehmen und die der Staat durch seine Wirtschaftspolitik fördert oder mindestens duldet, wenn nicht sogar durch eigene Intervention unterstützt.“

Solange die ausgebeuteten Klassen über die Natur aller dieser Maßnahmen im dunkeln gehalten werden können, können sie für Staat

und herrschende Gesellschaft keine Gefahr. Sobald diese aber zur Kenntnis der geschädigten Klassen kommen — und die steigende politische Bildung der Massen befähigt sie immer mehr dazu —, erregen diese Maßnahmen, deren schreiende Ungerechtigkeit auf der Hand liegt, die Erbitterung und Empörung der Massen. Der letzte Funke von Glauben an das Gerechtigkeitsgefühl der herrschenden Gewalten wird zerstört und die Natur des Staates, der solche Mittel anwendet, und das Wesen einer Gesellschaft, die sie fördert, wird erkannt. Der Kampf bis zu beider Vernichtung ist die Folge.“

Hier noch ein anderer Ausspruch Bebel's, der sich auf die Kriegsvorbereitungen bezog: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“ 1914 hielten die Führer der Sozialdemokratischen Partei, wie sie die Lehren ihres großen Führers beachteten. Jedem ist bekannt, daß sie 1914 die Kredite zur Führung des Krieges bewilligten. Heute wagen sie es, den Namen Bebel's für ihre verlogene Frauenwerbung zu mißbrauchen. Bei den Wahlen 1928 gewann die SPD die Frauenmassen auch durch die Parole: „Keine Panzertruppen — aber Kinderpepung.“ Und was geschah nach den Wahlen? Viele Millionen wurden für den Bau von Panzertruppen bewilligt, aber fünf Millionen für Kinderpepung wurden abgelehnt. Es gibt unzählige Beispiele dafür, wie verlogen, wie verräterisch die Tätigkeit der SPD-Führer ist. Wir begnügen uns aber mit einem Auszug aus der Rede des SPD-Reichstagsabgeordneten Breitfeld in der Sitzung des Reichstages vom 2. April 1930:

„Die Sozialdemokraten waren bereit, bei der Schaffung dieser Sanierung, das heißt bei der Schaffung neuer Steuern, auch bei der Schaffung neuer Steuern, die auf den Konsum fielen, mitzuwirken...“

Wir Sozialdemokraten waren auch bereit, in eine ernsthafte Prüfung der Möglichkeiten der von den bürgerlichen Parteien geforderten Steuererhöhungen, vor allen Dingen der Realsteuererhöhungen und der Ausgabensenkungen einzutreten...“

Es wurden Zölle geschaffen, insbesondere bei Zucker, bei Weizen, Jutergewebe und Schweinen, in einer Höhe, die man noch vor Jahren bei keiner Partei in diesem Hause für möglich gehalten hätte. Die Sozialdemokratie konnte sich an dieser Politik aktiv beteiligen...“

Und zum Schluß sagte er: „Was wir wollen, ist eine ruhige Fortentwicklung auf dem Boden der Verfassung. Was wir wollen, das ist, daß keine weitere Last auf uns aufgedrückt wird zwischen den Parteien, die zur Erhaltung dieser Verfassung berufen sind. Was wir wollen, das ist der Staat, den wir verteidigen und den wir schützen...“

Wenn man die deutsche Arbeiterfrau einen Vergleich zieht mit dem Leben der Frauen in der Sowjetunion, wo der Sozialismus im Aufbau begriffen ist, wo Arbeitermütter in Ruhe unter dem Schutz ihres Staates die neue Generation gebären können, wo sie ohne Angst auf die Zukunft ihrer Kinder denken, wo sie gleichberechtigt ist mit dem Mann, wo der Frau Gelegenheit gegeben wird, ihre Leistungsfähigkeit auf dem einen oder dem anderen Gebiete in der Produktion zu beweisen, wo ihr die Möglichkeit gegeben wird, ihre schöpferische Kraft zu entfalten, um dem russischen sowie dem internationalen Proletariat zu dienen: deutsche Arbeiterfrau, dann wird dir die Entscheidung nicht schwer fallen und du wirst mitkämpfen. Laß dich nicht noch einmal von den Sozialdemokraten einfeisen, denke an die Zukunft deiner Kinder! Denke an die Zukunft des ganzen Proletariats! Gehe den Weg der russischen Schwester, reiß dich ein in die rote Front, in die Front des lastenbewußten Proletariats! Trete ein in die kommunistische Partei! Werde Mitglied des Roten Frauen- und Mädchenbundes!

## Ratibor

### Terrorurteil wegen Flugblattverbreitung.

Am Montag verurteilte das Große Schöffengericht den Genossen Benzol wegen Verbreitung von Flugblättern zu vierzehn Tagen Gefängnis. In diesen Flugblättern ebildete die Staatsanwaltschaft eine Beschuldigung und Verurteilung des Schuldigen. Die wertvolle Besetzung schätzte diese Verurteilung schon richtig ein, das sollte auch schon der Staatsanwalt gemerkt haben. Sein Terrorurteil wird nichts daran ändern. Es ist nur ein erneuter Beweis dafür, daß dieser kapitalistische Klassenstaat mit allen Mitteln die Propaganda und Agitation des Kommunismus zu unterbinden strebt. Die Klassenrichter sind auch hier auf dem Solwege.

Entwurfzelle Gefängnis. Am Montag hatte sich die öbmal vorbestrafte Franziska B. L. aus Ratibor wegen Diebstahl und Betrug im Rückfall vor den Schranken des Gerichts zu verantworten. Am 14. Dezember vorigen Jahres kam sie nach Zittow, um zu betteln. Am 15. Mittel der Leute zu erregen, machte sie den Plan, die Einarmigen zu markieren, was sie auch durchführte, indem sie sich die eine Hand an der Leib festbünd und so Haus für Haus abklopperte. Auf der anderen Seite handelte sie mit Gebetsbüchern und kleinen Figuren wie der des „heiligen Antonius“, weil sie ganz genau wußte, daß ein Teil der Landbevölkerung für solche Sachen kein Geld ausgibt. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum sie das gemacht habe, gab sie zur Antwort, die eine Hand deswegen festgebunden zu haben, weil sie Rheumatismus habe. Ganz erstaunt waren einige Zenger, da die Angeklagte B. L. plötzlich zwei Arme habe, da sie dieselbe schon vorher nur als Einarmige kannten. Am 9. Januar dieses Jahres ging die Angeklagte in das Warenhaus „Ehre“ und stahl eine kleine Handtasche und eine Markttasche, wurde aber bei dieser Gelegenheit ertappt. Sie bestreitet dies aber vor Gericht. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis. Immerhin eine hohe Strafe. Sie ist eben keine Komtesse.

## Neustadt

Praxis des Armenarztes Kochmann. Ein Arbeiter, der einen Krankenwagen vom Wohlfahrtsamt hatte, wollte einen anderen Arzt aufsuchen, weil er zum Armenarzt kein Vertrauen hat. Aber er mußte sich in Behandlung von Dr. Kochmann begeben. Als er in das Sprechzimmer des Arztes kam, wurde er mit den Worten „Na, Sie Klunker, Sie sind der richtige Klunker“ empfangen. Der Arbeiter machte ihm klar, daß er nicht gekommen sei, um sich behandeln zu lassen, sondern er gekommen ist, um Hilfe für sein Leiden zu erhalten. Wir glauben bestimmt, daß der Arzt nicht das Recht hat, Arbeiter, welche vom Wohlfahrtsamt kommen, beleidigen zu können.

Arbeiter! Schließt euch fest zusammen, damit ein solcher Armenarzt wie Kochmann entfernt wird. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat einen Antrag auf freie Arztwahl gestellt. Wir glauben kaum, daß dieser Antrag durchgehen wird. Die Bürgerlichen kommen dann mit der Presse, und sagen: die anderen Ärzte nehmen das nicht an, da Kochmann nun sonst keine Praxis mehr hätte, und er der Not nicht ausgehört werden soll. Wir schlagen vor, daß, wenn Kochmann nun keine Praxis mehr hat, sich von seinen Kindern unterhalten lassen soll, oder er soll klemmen geben, da wird es ihm vergehen, Arbeiter mit den Worten „Klunker“ zu kitzeln.

## Krapplitz

Dobru. Landarbeiterlos! Nach vierzigjähriger Tätigkeit in der Schaffner R. vom hiesigen Dominium entlassen worden. Das Deputat wurde sofort gesperrt. Die Gutverwaltung gab ihm und seine Frau dem Glanz preis. Das war der Dank für vierzigjährige treue Dienste. Da seine Bemühungen auf Wiederbeschaffung erfolglos blieben, wandte er sich an unseren Landtagsabgeordneten, der die Wiederbeschaffung erwirkte.

Die Landarbeiter, die besonders unter dem Gutbesitzerlos zu leiden haben, müssen sich freigewerkschaftlich in der Reihen der Opposition und politisch in der SPD organisieren, um so in geschlossener Front den Kampf um die Verbesserung ihrer Lebenslage aufnehmen zu können. Einen anderen Weg gibt es nicht!

Lehrer Bilde scheint den ministeriellen Erlaß gar nicht zu kennen, weil er Kinder im zweiten Schuljahr mit Prügel straft. Am 19. Mai ist B. herant mit dem Gewissen, daß die kleinen Kinder vor Angst teilweise unter die Bänke gekrochen sind. B. gibt an, nervenkrank zu sein. Wenn er das sein sollte, so wäre es an der Zeit, daß die Schulaufsichtsbehörde diesen Mann vom Dienste entfernt und damit nur Unglück verhütet. Die Arbeiterkern verlangen, daß ihren Kindern Wissen und nicht Prügel beigebracht werden.

## Oppeln

### In Oppeln darf im Monat Juni niemand sterben!

Und zwar deshalb nicht, weil der alte Friedhof nur noch für wenige Leichen Platz hat, und der neue Friedhof vor Juli noch nicht fertig ist. Die Stadtverwaltung steht durch ihr eigenes Verschulden vor der schwierigen Aufgabe: wohin mit den Verstorbenen des Monats Juni? Wenn man bedenkt, daß durchschnittlich immerhin in Oppeln 60 Menschen im Monat sterben, so kann man ermessen, mit welcher unverantwortlichen Schwere dem Monat Juni zu tun ist. Die Stelle aus an die Arbeit herangegangen ist. Arbeitslose, die nur so auf Beschäftigung warten, gibt es doch wirklich genug.

Man will sich nun damit aus der Affäre herauswinden, daß man einfach bestimmen will: Alle Angehörigen sind in dieser Zeit verpflichtet, ihre Verstorbenen auf dem Friedhof in Sakrau beizusetzen, wo noch in einer Ecke genügend Platz sein soll. — So einfach wird man ja mit diesem Plan nicht durchdrücken, denn es kann dadurch vorzukommen, daß Familien ihre Toten auf drei verschiedenen Friedhöfen zu liegen haben. Wir machen einen durchaus gangbaren Vorschlag: Man setze sich sofort mit der Krematoriumsverwaltung in Breslau in Verbindung, und läßt die Leichen dort einäschern, denn dann ist selbst auf dem alten Oppelner Friedhof noch für einige Jahre für die Urnen Platz. Man könnte dadurch viel Geld sparen, denn der neue Hallesdorfer Friedhof kostet jetzt schon fast eine halbe Million Mark.

## Rundfunk-Programm

Sonabend, 24. Mai, 16. Bühnenrunde. • 16.30: Konzert. Jonas: Polypurri aus „Die Geisha“. — Waldteufel: Immer oder nimmer. — Polshiloma: Im Teufels zu den bunten Stulen. — Rende: Arioso. — Jelle: Feuerlied. — Strass: Das Birnenlied. — Rap: Italienische Suite. — Witte: Jägertröte. Mariä. • 17.20: Berlin: Auffahrt des Deutschen Ruderverbandes anläßlich der Tagung des Olympischen Kongresses. • 17.45: Dem Gedächtnis Max Baumbachs. Die geflügelte Erde. Des Dichters Leben im Gedicht. • 18.25: Couillard, dennoch würdige Historie von der Hauptstadt Breslau wie auch der Schönen geträufelt erzieht vom Erich Baumbach. • 18.50: Prof. Dr. Obrist: U. S. A. • 19.10: Schallplatten. • 19.55: Inhalt und Personen der nachfolgenden Ueberrtragung. • 20: Staatsoper Unter den Linden. Berlin: „Tosca“. Oper in vier Akten. Musik von G. Verdi. • Berlin: Tanzmusik.

# Macdonald in Nöten

## Der Krach im Lager der „Arbeiterpartei“

Das Macdonald-Kabinett ist infolge der Verschärfung aller inneren und äußeren Schwierigkeiten in eine Krise hineingeraten. Die Konservativen benützen die Ereignisse in Indien und den Ausgang der Stottertonferenz, um Macdonald in die Enge zu treiben. Die Liberalen machen ihre weitere Unterstützung des Kabinetts von der Durchführung der Wahlreform im Sinne des Proporzsystems abhängig. Am unangenehmsten für Macdonald wirkt sich aber die Spaltung in der Arbeiterpartei aus. Der Maxtonflügel der I.P. (Independent Labour Party = Unabhängige Arbeiterpartei), etwa 18 Abgeordnete umfassend, stimmt in der letzten Zeit wiederholt gegen die Regierung oder hielt sich planmäßig der Abstimmung fern. Der entscheidende Differenzpunkt ist die Arbeitslosenfrage. Der Konflikt wurde auf die Spitze getrieben durch den Rücktritt des Ministers Mosley, des englischen Ministers des Arbeitsministeriums J. H. Thomas, der ebenfalls mit der Politik der Regierung in der Arbeitslosenfrage begründet wurde.

Der Krach im Lager der „Arbeiterpartei“, der jetzt sogar in die Macdonald-Regierung selbst einen Spalt hineinträgt, ist von symptomatischer Bedeutung für die Entfaltung des Klassenkampfes in England, deren wichtigster Hebel die wachsende Arbeitslosigkeit ist.

Das Problem der Arbeitslosigkeit wird in England mit jedem Tage dringender. Die Zahl der Erwerbslosen wächst unaufhaltsam. Am 12. Mai betrug die Zahl der von der Statistik erfaßten Arbeitslosen 1.789.500, das sind 27.504 mehr als in der vorhergehenden Woche und 634.888 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 1929.

Die Rationalisierung, die angesichts der heranrückenden Weltkrise in beschleunigtem Tempo und mit zunehmender Brutalität durchgeführt wird, wirkt täglich hungriger auf. Die revolutionäre Krise in Indien, verbunden mit der scharfen Depression auf allen kolonialen Absatzmärkten, führt zu einer fast prophatischen Verschärfung der Krise in der englischen Textilindustrie. Die bedeutendste Auswirkung dieser Krise ist der große Arbeiterstreik im Bezirk Yorkshire. Der beginnende Wiederaufbau der Produktion in fast allen anderen Industriezweigen wirkt sich bereits auf dem Kohlenmarkt aus. Die Folge ist eine starke Depression im Kohlenbergbau. Für die nächsten Monate ist eine weitere Vertiefung der ökonomischen Stagnation zu erwarten. Angesichts dieser Entwicklung wird die Kurve der Arbeitslosigkeit wie bisher weiter steil ansteigen.

Was tut die Macdonald-Regierung, um ihre prahlischen Wahlversprechen hinsichtlich der „Überwindung“ der Arbeitslosigkeit durchzuführen? Sie rührt keinen Finger. Ihre Wahlparolen hat sie längst unter den Tisch fallen lassen. Und ihre Weisheit endet ebenso wie ihre Demagogie mit dem vagen und — angesichts der wirklichen Lage und ihrer Entwicklungsperspektiven — um so betrüblicheren Hinweis auf eine „Wiederbelebung des Handels und der Industrie“, die mangels irgendwelcher konkreter Maßnahmen offenbar als ein „Gesicht des Himmels“ erwartet wird.

Der zurückgetretene Minister Mosley, ein Schwiegerjohn des berühmtesten Intentionenorganisators Lord Curzon, der erst im Jahre 1924 von den Konservativen (!) zur „Arbeiterpartei“ hinübergewechselt hat und jetzt die Macdonald-Regierung scheinbar von „links“ kritisiert, hat zusammen mit seinen Kollegen Lansbury und Johnson, beide Minister ohne Portefeuille und Mitarbeiter im Arbeitsministerium, ein geradezu geniales Rezept zur „Überwindung“ der Arbeitslosigkeit ausgeheckt, das aber von den übrigen Kabinettsmitgliedern abgelehnt wurde.

Die drei Hauptpunkte dieses Alibi-Mittels bestehen in folgendem: 1. Produktionssteigerung mit Hilfe einer großen Anleihe, 2. „Pensionierung“ aller Arbeiter, die ein bestimmtes Alter erreicht haben auf Kosten des Staates, 3. Verlagerung der Schuld auf die „Tiefenmärkte“. Dieser „Tiefenmarkt“-Plan läuft, — soweit er von praktischer Bedeutung ist, — darauf hinaus, die steuerliche Ausplünderung der Massen gewaltig zu verstärken, Millionen von Arbeitern auf Armentation zu setzen, was noch schlimmer als die Erwerbslosigkeit ist, die Zahl der

arbeitslosen und hungernden Jugendlichen um Hunderttausende zu vermehren und dem Unternehmertum ausgelassenes „Material“ zur „rationalisierten“ Ausbeutung zur Verfügung zu stellen.

So sieht der „konstruktive“ Vorschlag der Mosley und Lansbury aus, der von der Mehrheit des Macdonald-Kabinetts mit der Begründung, daß seine Durchführung an der Unmöglichkeit, die dazu benötigten finanziellen Mittel aufzubringen, scheitern müsse, abgelehnt wurde.

Inzwischen wirkt sich die wachsende Verelendung der englischen Arbeitermassen in beschleunigtem Tempo in einer politischen Radikalisierung aus. Der mit größter Entschlossenheit und bewundernswertem Opfermut durchgeführte Streikampf in der Textilindustrie, die wachsende Streikstimmung in verschiedenen anderen Industriezweigen, so u. a. im

Bergbau, die Hungermärsche der Erwerbslosen in ganz England, sind sichtbare Zeichen des wachsenden Kampfwillens der englischen Arbeiterklasse, der unserer englischen Arbeiterpartei überaus günstige Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet.

Der Rücktritt Mosleys aus dem Macdonald-Kabinett — so bedeutungslos er praktisch ist — hat in diesem Zusammenhang eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung. Er ist — ebenso wie die scheinradikale „Opposition“ eines Teiles der I.P.-Führer — ein unverkennbares Symptom für die wachsende Erschütterung des Vertrauens breiter Arbeiterkreise zu Macdonald, für die zunehmende Radikalisierung der englischen Arbeiterklasse.

Die blutige Genexarbeit der Macdonald-Regierung in Indien wird ohne Zweifel dazu beitragen, den Prozeß der Revolutionierung des englischen Proletariats zu beschleunigen.

# Schober will die Arbeiterschaft entwaffnen

## Die Sozialfaschisten im Bunde mit dem Faschismus

Wien, 22. Mai. Die Heimwehrbewegung hat an die Schober-Regierung ein „Ultimatum“ gerichtet, in dem sie die sofortige Entwaffnung der „staatsfeindlichen Organisationen“ unter Mitwirkung der Heimwehren und zur Sicherung der Durchführung dieser Maßnahme die Besetzung des Innenministeriums der Heimwehren fordert. Erst nach restloser Entwaffnung der „Staatsfeinde“ sollen die Heimwehren bereit, mit der Regierung und des Wiener Polizeipräsidenten mit einem Vertrauensmann über ein allgemeines Entwaffnungsgezet zu verhandeln.

Dieses Ultimatum der Heimwehren wirkt ein Schlaglicht auf die innerpolitische Lage in Oesterreich. Die Schoberdiktatur schickt sich mit Hilfe der Heimwehren an, die Arbeiterschaft endgültig zu entwaffnen. Zu diesem Vorhaben findet sie die offene Unterstützung der Sozialdemokraten. Schon die ersten umfassenden Entwaffnungsaktionen, die gegen das Proletariat unternommen wurden — der auf Grund einer Vereinbarung mit Sozialdemokraten durchgeführte Raub der Schußwaffen im Wiener Arsenal —, wurden von der Sozialdemokratie gemeinsam mit dem Faschismus organisiert.

Die Schoberregierung, die sich in erster Linie auf die Heimwehren stützt, will jetzt im Auftrage des englischen und französischen Imperialismus, der die Gewährung einer Anleihe von der Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ in Oester-

reich abhängig macht, das Proletariat endgültig wehrlos machen.

Auch diesmal sind die Sozialdemokraten ihre eifrigsten Helfershelfer bei dem neuen Anschlag auf die Arbeiterschaft. Sie benützen die Demonstration der Heimwehren, um von tiefen Gegensätzen zwischen Schober und den Heimwehren zu fabulieren und dadurch die Arbeiterschaft irrezuführen und für die Pläne Schobers zu gewinnen.

Während Schober in engster Fühlungnahme mit der Heimwehrleitung seinen Schlag gegen die Arbeiterschaft vorbereitet und den Heimwehren die feste Zusicherung gibt, daß ihnen kein Haar gekrümmt wird, täuschen die Sozialfaschisten die österreichische Arbeiterschaft über die wahre Bedeutung des Schober'schen Entwaffnungsgezetes, indem sie die Arbeiterschaft offen zur Unterstützung des Schoberregimes gegen die angeblich einen Putsch planenden Heimwehren aufrufen.

Das Auftreten der Heimwehren, die sich auf ihrer letzten Jahrestagung in Korneuburg offen für das faschistische System erklärt haben, und die neuen Maßnahmen der Schoberregierung, bilden den Auftakt für den Ausbau und die Verschärfung der faschistischen Diktatur, für eine neue Generaloffensive des Unternehmertums gegen die österreichische Arbeiterschaft.

# Kommunistische Sejmmitglieder Viehisch mißhandelt

Warschau, 21. Mai. Die faschistische Regierung steigert ihren Terror gegen die kommunistischen Mitglieder des polnischen Sejms.

In Boronowo und Zwic, wo die westwehrpolnischen Arbeiter- und Bauernabgeordneten Gawryluk, Szyuczul und Dworzecanin zu den bevorstehenden Ergänzungswahlen Klaffentandgebungen veranstalteten, gingen Polizei und faschistische Banden auf die revolutionären Sejmabgeordneten los und mißhandelten sie grausam. Genosse Szyuczul ist durch Stockschläge schwer verletzt worden, Genosse Gawryluk trug eine schwere Kopfwunde davon.

Der Ende April verhaftete kommunistische Sejmabgeordnete Scharski wurde in das Gefängnis zu Petrosow übergeführt, wo er wie ein krimineller Verbrecher behandelt wird.

# Hungerstreik in Palästina nach einem Teilsieg abgebrochen

Jerusalem, 22. Mai. Der Hungerstreik der 100 politischen Gefangenen in Palästina wurde nach zwölf Tagen abgebrochen, da die Regierung sich bereit erklärte, ein Gezet für die Spezialbehandlung politischer Gefangenen herauszugeben, und die beiden arabischen Kommunisten, die zur Zwangsarbeit abgeschickt wurden, wieder ins Gefängnis zu den anderen zurück-

zubringen. Acht Gefangene, darunter zwei Frauen, befinden sich in schwerem Zustand im Hospital.

# Die Massenbewegung in Indien

London, 22. Mai. Nach der Verhaftung der Exekutives des Nationalkongresses ist die Erregung in Bombay bis zum Siedepunkt gestiegen. Als sich gestern nachmittag die Nachricht verbreitete, der Direktor der Bank von Indien habe sich an dem Polizeibüro auf das Hauptquartier des Kongresses beteiligt, stürmte die Menschenmenge die Bank von Indien und besetzte sie. Am Abend war die Bank noch in den Händen der Demonstranten. Das Geschäftsleben liegt darnieder. In der ganzen Stadt fanden Demonstrationen und Ausabgebungen statt. Nähere Meldungen über den Umfang der Bewegung in Bombay sind infolge der englischen Zensur noch nicht zu erhalten.

In Masulipatam kam es bei dem polizeilichen Versuch der Auflösung von verboden Versammlungen zu ersten Straßenkämpfen. Die Zahl der Verletzten soll sehr groß sein.

In Chellapalle, 15 Meilen von Masulipatam entfernt, ist es gleichfalls zu Zusammenstößen gekommen. Die Telegraphenleitungen wurden in der Nähe von Gudivada durchschnitten. Die Polizei hat deshalb einen ausgedehnten bewaffneten Patrouillendienst eingerichtet.

6000 Gandhi-Freiwillige haben einen neuen Angriff auf die Salzlager in Dharajana unternommen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden 300 Personen verletzt.



## 61. Fortsetzung.

Die ganze Zeit- und Pausenberechnung ist eine einzige Spekulation, um sich über einen langen Arbeitstag hinwegzutäuschen bis zu dem Augenblick, in dem ich die Tür des Zimmers öffne und die heißbegehrte, trockene Schnitt Brot schnappe.

Sophie muß unbedingt wieder ins Reine kommen, sonst hat sie ein Woche kein Brot, bevor es die neuen Karten gibt. „Ich kann dir heute keine Schnitte geben, Rütting“, sagt sie eines Tages, als ich nur noch mit Mühe diese Hungerkur durchhalte.

Eine unsagbare Wut packt mich, — gegen wen?

„Rütting, ich kann doch nichts dafür!“ Ihr aschfales Gesicht, ihre mageren Schultern, ihr zusammengebrochener Körper sagen mir zu deutlich, daß sie mehr leidet, mehr hungert als ich.

Ich fliehe aus der Stube die Treppe hinunter, trete in den Bäderladen im Hause.

„Ein Brot!“

Man reicht mir ein Brot, ich suchs kampfhaft nach einer Brotkarte in meinen Taschen, überlege und sage dann: „Hab sie wohl oben gelassen, werde sie sofort bringen.“

Sophie empfängt mich mit misstrauischen Blicken.

„Was nützt das“, sagt sie niedererschlagen, „die Frau will doch ihre Karte haben, sie wird sie von mir verlangen.“

„Das Brot ist ohne Karten!“ lüge ich. „Komm, ich, Sophi.“

Ein halbes können wir verdünnen. Wenn wir's nicht gehabt hätten, hätte es auch gehen müssen.“

„Von wo hast du das?“

„Frage bitte nicht, ich, laß dir's schmecken!“

Ich kann nichts anderes erwidern, sinne vielmehr unans-

zliche. Horche immer, ob die Bäckerfrau nicht die Treppe hochkommt. Es muß doch Ladenchluss sein. Als wir schon beim Essen sitzen, höre ich sie heraufkommen, gehe hinaus und rufe: „Frau Wieselthal!“ — Einen Augenblick bitte, ich möchte mit Ihnen etwas besprechen.“

Sie tritt zögernd ein und setzt sich. „Sie haben vorhin, ohne daß Sie es wollten, ein großes Unglück verhindert. Ich wäre vielleicht jetzt schon verhaftet, wenn Sie nicht gewesen wären.“

Frau Wieselthal schaut mich ganz verdutzt an: „Was Sie nicht sagen?“ meint sie ungläubig. „Was haben Sie denn getan?“

„Sie gaben mir ohne Karte ein Brot. Das mit dem „Kartentovergessen“ ist eine Lüge.“ — Ich erzähle ihr das Drum und Dran mit dem Brot. Sie ist auf diese Ueberrumpelung gar nicht gefaßt, weiß nicht recht, was sie sagen soll, sieht dann, wie Sophie zwischen Verlegenheit und Zorn gegen mich kämpft und sagt: „Ja, Herr Beholdt, es ist furchtbar! Wir werden so genau nach jeder Karte, nach jedem Pfund Mehl kontrolliert. Man möchte so gern öfter mal aushelfen. Sind auch mit zwei großen Menschen allein? Ja, das ist schlimm, wo viele Kinder sind, gleicht sich das ein bißchen aus.“ Sie erhebt sich feurig und fährt dann fort: „Nun lassen Sie sich's eben schmecken. Werden schon sehen.“

Sophie begleitete sie hinaus. Als sie wieder hereinkommt, lacht sie. Die Bäckerfrau hat ihr außerdem pro Woche ein halbes Brot ohne Marken versprochen.

Ein Freudentag in dieser endlos großen Zeit.

Aber unser Körperprogramm ändert sich auch so nur ganz unwesentlich. Pro Mann und Woche einen Broden Mittiges Brot mehr — was ist das?

Sophie bemüht sich weiter, den Kohlrüben einen andern Geschmack abzugewinnen, probiert allen möglichen „Essig“, versucht weiter, ohne Fett, ohne Fleisch, ohne Kartoffeln, ohne Gemüse, ohne Hülsenfrüchte etwas auf den Tisch zu bringen. Oft beobachtet sie mich besorgt. Sie weiß, es kann nicht schmecken. Aber der Hunger treibt alles hinein. Und oft sage ich: „Hat ganz gut geschmeckt, heute!“ Soll ich ihr gar nichts gönnen, sie nicht durch ein freundliches Wort zu belohnen suchen? Sie weiß, daß ich lüge, aber sie merkt den Zweck und schaut mich zweifelnd und doch dankbar an.

„War in Rußland doch besser, nicht Rütting, hattest wenig-

stens Brot?“ Lange mag sie gekämpft haben, um das, was sie lange denken mochte, auszusprechen. Schaut mich traurig an, als wollte sie fortfahren: „Brot kannst du essen, was aber kann ich dir sein?“

„Sophie, was redest du!“

„Und doch: Keine Stunde wahrer Freude unterbricht das Grau. Die Arbeit wird zur Qual, wenn der Mensch dauernd hungert. Die Nerven werden überempfindlich. Der Körper verlangt das andere Geschlecht nicht mehr. Aber das Hirn sucht einen Ausweg. Unerträglich ist diese bleierne Ohnmacht. Die Gedanken fallen ins kalte Nichts, das schmerzt von neuem.“

Sophie sitzt hier und kann mir nicht helfen, so wenig, wie ich ihr. Brot ist greifbar, ehbar. Der volle Magen beruhigt das Gehirn, läßt den Augen den Schlaf. „Draußen“ ist Brot, wenn auch neben dem Selbsttod. Beides ist besser als das Nichts in mir und um mich.

Soll ich Sophie das sagen, ihr die Wahrheit sagen? Sie, die alles trug, alles tat, mir alles gab und alles war?

Vielleicht genügt der Schlag, um sie in die Verzweiflung zu hegen. Habe ich dazu ein Recht?

„Nein, Sophi“, sage ich, „das letzte, was ich habe, bist du. Glaube es mir!“

Ihr Kopf sinkt schluchzend auf meine Brust, ihr magerer Körper zittert, ihre Arme suchen sich um meinen Körper. „Rütting“, bekennt sie, „wenn ich dich verliere, ist alles aus, ist alles aus!“

XXII.

Wir haben Abteilungsverammlung. Ein Gewerkschaftsbeamter eröffnet sie und gibt bekannt, daß die Abteilung ohne Vertrauensmann ist. Kollege Rosenthal hat sein Amt niedergelegt.

Keiner meldet sich zum Wort.

Ich zähle einundachtzig Dreher, Schlosser, Dreherinnen. „Kollegen!“ fährt der Gewerkschaftsbeamte fort, „ich muß doch einen Vertrauensmann haben, oder geht es euch so gut?“

Keiner spricht, keiner macht Vorschläge, keiner will sich verdächtig machen. Der Gewerkschaftsbeamte wartet, reckt sich eine Zigarre an, spricht leise mit einigen Kollegen, die dann Vorschläge machen.

(Fortsetzung folgt)

# Rund um den Erdball

Die Mahnung der Klassenjustiz:

## Proletarische Mütter sind Säugeltiere

### Zwei Wochen Fast, weil die schwache Mutter ihr Kind nicht selbst stillen konnte

Berlin, 22. Mai. Das Reichsgericht brachte es fertig, in einer seiner letzten Sitzungen eine 27jährige uneheliche Mutter zu zwei Wochen Fast zu verurteilen, weil sie sich geweigert hatte, ihrem neugeborenen Kinde die Brust zu geben. Zur Begründung ihrer Verweigerung führte sie an, daß sie sich dazu zu schwach fühle und nicht genug Nahrung habe. Trotzdem der Sachverständige sich gegen eine Verurteilung ausgesprochen, erwiderte das Reichsgericht nicht, die eingangs erwähnte Strafe zu verhängen.

Wer geglaubt hat, daß die deutsche Klassenjustiz bereits im Höhepunkt ihres reaktionären Wütens gegen die Arbeiterklasse erreicht hat, wurde durch diese, kaum für möglich zu haltende Verurteilung eines Besseren belehrt. Eingeleitet wurde dieses Schandurteil durch das Vormundschaftsgericht, das nach der Mitteilung der Schwestern aus der Reichsleiter-Hebammenlehre, Fräulein K. verweigere, dem Kinde die Brust zu geben, nichts Günstiges zu tun hatte, als diese „Verweigerung“ vor Gericht zu setzen.

Hier gab die Angeklagte ihr „Verbrechen“ unumwunden zu, behauptete aber, daß sie sich zur Selbsternährung ihres Kindes viel zu schwach gefühlt habe.

Da sie selbst in den letzten Monaten hungern mußte.

Tatsächlich ergab die Beweisaufnahme, daß die Angeklagte überaus schwachlich ist. In der Hebammenlehre hat man sich jedoch keine Mühe gemacht, auf ihren körperlichen Zustand Rücksicht zu nehmen.

Trotzdem dann der Sachverständige in einem längeren Gutachten ausführte, daß die künstliche Ernährung heute bereits der natürlichen gleichwertig sei, ja, daß sie sogar mit Rücksicht auf

die Aufnahmefähigkeit mancher Kinder oft noch vorteilhafter sein könne, und sich schließlich gegen eine Bestrafung aussprach, kam das Amtsgericht zu dieser empörenden Strafe, billigte ihr allerdings Bewährungsfrist zu.

Die reaktionäre Einstellung der deutschen Klassenjustiz erklärt durch dieses empörende Urteil eine unüberbietbare Krasse.

## Pulverfabrik in die Luft geflogen

### Zwei Arbeiter getötet

Paris, 22. Mai. Am Mittwoch ereignete sich in der Pulverfabrik von Arcendon eine schwere Explosion, wobei das Gebäude, in dem die Explosionsstoffe für den Bergbau hergestellt wurden, vollständig vernichtet wurde. Zwei Arbeiter sind getötet, einige andere mehr oder weniger schwer verletzt. Auch die benachbarten Bauwerke wurden erheblich beschädigt.

Beleuchtung. Proletarische Mütter sind Säugeltiere. Erst zwingt man sie durch den Schandparagraphen 218 zum Gebären, und wenn sich dann eine unterernährte Mutter dagegen wehrt, daß ihr Kind minderwertige Muttermilch erhalten soll, wird sie mit anderen Paragraphen zu ihrer „Pflicht“ als Säugeltier gezwungen.

Wie lange wird sich noch das Millionenheer der arbeitenden Mütter diese menschenunwürdige Behandlung gefallen lassen?

## Lübeck: Der 22. Säugling gemordet

Lübeck, 22. Mai. Nunmehr ist die Zahl der an dem Tuberkelkrank jugendlichen Säuglinge in Lübeck auf 22 gestiegen. Drei von ihnen soll nach Behauptung des Gesundheitsamtes die Ernährung mit Calmette-Präparaten nicht als unmittelbare Todesursache in Betracht kommen. 56 Säuglinge liegen zur Zeit noch krank darnieder, bei 40 von ihnen ist mit dem Schlimmsten zu rechnen. Nur 18 Säuglinge sind inzwischen genesen.



Das Säuglings-Sterbehelm in Lübeck.

## Das erste Zille-Denkmal in Berlin



Wie wir bereits berichteten, soll am ersten Todestag unseres unvergesslichen proletarischen Malers Meister Zille am 9. August in Berlin das erste Zille-Denkmal errichtet werden. Dieses Denkmal wird in seinem „Müllhof“ errichtet werden, nämlich auf dem Hofe eines Hauses des Berliner Südostens, der von drei Seiten von Mietkasernen begrenzt ist. Der Entwurf für das Denkmal, das unser Bild zeigt, stammt von Professor Kraak.

## Industrie-Großbauten in der Sowjetunion

Die „Iswestija“ teilt mit, daß der Bau der großen Chemiefabrik im Donbassin bei Artemowka begonnen worden ist. Der Bau kostet 14 Millionen Rubel. Der erste Teil wird im Juli 1931 fertig sein. Die Jahresproduktion wird 20000 Tonnen Charnottstein betragen.

In Tschapajewsk ist eine Stahlfabrik im Bau, die 1 1/2 Millionen Rubel kosten wird. Die Jahresproduktion wird 30 Millionen Stahlfabrik betragen und auf 24 Millionen gesteigert werden. Im Herbst dieses Jahres wird der Rohbau fertig gestellt sein.

## Drei Arbeiter ertrunken

Beim Bau des Kolcher Kanals in Wladimir in Ostschlesien sind drei Arbeiter ertrunken. Als sie mit einem Boot nahe Bruchhöhe hinter das Wehr schifften, um die dort zu verankern, wurde der Kahn von der reißenden Strömung erfasst und zum Konton gebracht. Sofort angeforderte Rettungsversuche blieben erfolglos.

## Strombahnunglück in England

Am Mittwochabend lief im Bahnhof Colburn ein Personenzug auf einen Freiloch auf. Drei Wagen hoben sich ineinander. Insgesamt wurden dabei 37 Personen verletzt, vier davon ziemlich schwer.

## Konflikt im Kampf gegen Anarchisten

Während in allen kapitalistischen Staaten des Kontinents die kommunistische Bewegung sich ausbreitet, steht die Sowjetregierung diese neue Bewegung in den Reihen der Arbeiterparteien. Die Sowjetunion hat jedoch einen Konflikt heraufbeschworen, der die Zukunft zum Leben und Wohlfühlen werden soll.

## Sich selbst am Fußboden angenagelt

### Verzweiflungstat eines achtzehnjährigen Dienstmädchens

Wien, 22. Mai. Am Dienstag wurde hier die 18jährige Hausgehilfin Luise Dorweghinger von ihrer „Herrschaft“ in der geschlossenen Wohnung mit Stricken gefesselt und einem Knebel im Munde aufgefunden. Grund war das Entsetzen der mit Gewalt in die Wohnung eingedrungenen, als sie bemerkten, daß das Dienstmädchen mit der linken Hand durch einen rostigen Nagel an den Fußboden angenagelt war.

Im polizeilichen Verhör gab das Dienstmädchen an, in Abwesenheit ihrer „Herrschaft“ seien zwei Telefonarbeiter erschienen, um dienstlichen Einlass zu fordern. Als sie ihnen den Eintritt verweigern wollte, wurde sie von einem der Männer durch einen Fußtritt beiseite geschleudert. Dann wäre sie von den beiden Telefonarbeitern brutal überwältigt, in die Küche geschleift und gehandelt worden, worauf ihr zum Schutz der rechte Nagel, der irgendwo an der Wand als Haken zum Aufhängen der Wäsche verwendet worden war,

durch die rechte Hand in den Fußboden hineingetrieben wurde.

Dann sollen sie nach Fortnahme eines größeren Geldbetrages verschwunden sein.

Bei späteren Vernehmungen verwickelte sich das Mädchen,

das ins Krankenhaus eingeliefert worden war, immer mehr in Widersprüche und mußte schließlich eingestehen,

daß sie den ganzen Vorfall von A bis Z fingiert habe.

So unglaublich es auch erscheint, steht nunmehr fest, daß sie sich selbst die äußerst schmerzhafteste Verletzung beigebracht hat.

Als Ursache dieser Verzweiflungstat stellte sich die Ungehörigkeit heraus, daß sie diesen Missetat vorgetäuscht hatte, um sich in den Besitz des Geldbetrages zu bringen, weil sie buchstäblich nichts mehr zum Anziehen auf dem Leibe hatte und sich von ihrem hundsmiserablen Lohn auch nicht das Geringste anschaffen konnte.

## Auto von landendem Flugzeug zertrümmert

### Vier Personen getötet, sieben schwer verletzt

Neuhorf, 22. Mai. Auf dem Flugplatz von Cunitera in Chile fuhr ein eben gelandetes Armeeflugzeug in ein Automobil. Dabei wurden vier Personen auf der Stelle getötet und sieben schwer verletzt.

## Ein tüchtiger Geschäftsmann

Ein wegen „Landstreicherei“ festgenommener Tappelbruder wurde vor einigen Tagen in einem Dorf in der schweizerischen Schweiz in ein leerstehendes Haus eingescherrt, da in dem Dorf kein Arrestort vorhanden war. Unser Tappelbruder, dem es auf ein paar Stunden Aufenthalt nicht ankam, wartete geduldig den Abend ab. Dann kam ihm eine Idee. Pfliffig wie er war, rief er durch das vergitterte Fenster ein vorübergehendes Bäuerlein an: „Hallo, Meister! Schließen Sie mir mal die Tür auf, meine Frau hat mich versehentlich eingescherrt!“

Lehnen! kam der Angeredete dem Wünsche nach und selbe kamen dann in ein Gespräch. Hierbei gab der Tappelbruder seinem nicht übermäßig mit Geistesgaben ausgestatteten Bäuerlein zu verstehen, daß er beachtliche, ungeheuer „Joh Haus“ für 1000 Mark zu verkaufen und gab es ihm schließlich gegen eine sofortige Anzahlung von 300 Mark „fest an Hand“. Die zahlte er noch am demselben Abend — und man hat nie wieder etwas von dem Tappelbruder, der sein Gefängnis verkauft, gehört.

## Drei Söhne und den Hauslehrer mit Bazillen vergiftet

Nach Kralauer Meldungen hat dort eine Stiefmutter ihre drei Söhne und den Hauslehrer vergiftet, indem sie tödlich wirkende Bazillen unter die Speisen mischte. Als Angehörige eines bakteriologischen Instituts der Kralauer Universität vorfand sie es, diese lebensgefährlich wirkenden Bazillen beiseite zu bringen. Zwei Söhne sind bereits tot, der dritte Sohn und der Hauslehrer liegen im Sterben. Neben die Gräber der grauenhaften Tat verweigert die verhaftete Frau bisher jede Auskunft.

## Flammens: vier Kinder

In einem Bauerngehört in der Umgebung von Wien brach ein Brand aus, bei dem vier Kinder den Tod fanden. Man vermutet, daß das Feuer durch Spielzeug der Kinder mit Zündhölzern entstanden ist.

## Der Potsdamer „Blutshande“-Prozess

### Belastungsbengtin, Frau Pastor Schenk, wollte immer mehr wissen

Potsdam, 22. Mai. Unter unvermindertem Andrang der sensationserregten Potsdamer „guten Gesellschaft“ nahm am Donnerstag vormittag der Senatsprozess gegen den Amtsversteher Franzel, der belastet, bezichtigt wird, seine beiden Töchter vom ersten Lebensjahre an fortgesetzt mißbraucht zu haben, seinen Fortgang.

Als erste Zeugin wurde die zweitälteste Tochter des Angeklagten, die 19jährige Hildegard Franzel vernommen. Diese Hildegard, die im Ermittlungsverfahren den Vater fast belästigt, ganz aber ihre Aussagen widerrufen hatte, erklärte jetzt, daß ihr Vater sie etwas mit ihr vorgenommen habe. Nicht habe der Vater ihr wegen ihres Lebenswandels öfter Vorwürfe gemacht und sie auch einmal geschlagen,

aber versprochen habe er sich nie an ihr.

Auf die Frage, warum sie anfangs ihren Vater beschuldigt habe, antwortete sie, daß sie es aus Mitleid getan hätte, weil ihr Vater sie in ihrem eigenen Lebenswandel behindert habe.

Dann schildert Hildegard Franzel, daß sie Frau Pastor Schenk, bekanntlich die Hauptbelastungsbengtin, erzählt habe, daß der Vater an ihr vergangen habe.

Alle ihrer Erlebnisse auf jenem Gebiet will sie stets Frau Pastor Schenk erzählt haben, wozu diese Dame immer mehr wissen wollte.

Im übrigen will sie die belastenden Aussagen vor dem Staatsanwalt nur darum gemacht haben, weil der sie durch seine vielen Fragen verwirrt gemacht habe. Ihre ganze Entlassungsaussage legt sie in dem Satz zusammen: Ich kann heute nur sagen, daß das Vergehen von Vater mir gegenüber immer nur belästigend war.

# Breslau

## Mieter von Breslau-West

geraus zur öffentlichen Mieterversammlung, Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Gambrius“, Lange Gasse 62. Stadtverordneter Genosse J. J. spricht über: „Mieterhöhung — Mieterkredit“. Erscheint zahlreich!

**Mitgliedlicher Motorradfahrer.** Gestern fuhr der Fahrer des Kraftwagens I K 0178 an der Kreuzung Lehmgartenstraße-Verdammstraße mit der Radfahrerin D. zusammen, wobei diese zu Boden stürzte und erhebliche Verletzungen davontrug. Obwohl der Fahrer des Kraftwagens sah, daß er die Radfahrerin umgefahren hatte, kümmerte er sich nicht um diese, sondern setzte seinen Weg beschleunigt fort.

**Kuffen einer Leiche.** Die seit dem 13. Mai vermietet gemeldete Kuffen Nr. 10 von der Bepelwitzstraße ist am 22. Mai aus der Ober als Leiche gefunden worden. Es ist Selbstmord einwandfrei erwiesen. Die Vermietete ist dieselbe Frau, die am 13. Mai von der Besieger Eisenbahnbrücke in die Oder sprang.

**Ändere Zeiteinteilung bei den Volkshilfsarbeiten.** Vom 1. Juni ab wird die Zeiteinteilung in den wöchentlichen Volkshilfsarbeiten folgendermaßen verändert: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10-12 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 11-12 Uhr. Die Nachmittagsarbeiten sind unverändert geblieben (10-12 und 16-21 Uhr).

**Jugendparteiabend.** Wer sich morgen, Sonnabend, an einer Nachtfahrt nach Peiskerwitz beteiligen will, ist um 19 Uhr an der Endstation der Linie 10 in Schmiedefeld. Decke, Badzeug, Essen und Trinken für den ganzen Tag mitbringen. Aber wie für Pensionäre zehn Jahre. Alle anderen Pensionäre sind am Sonntagfrüh 6 Uhr an selbiger obiger Stelle. Abmarsch 6.30 Uhr.

**EC-Gesellschaft.** Sonnabend, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Sportgewissen P. Regner, Bergmannstraße 12. Funktionäre 19 Uhr. Die Vorabteilung tritt jeden Mittwoch von 19-22 Uhr Turnhalle Waterloostraße. Interessenten stets willkommen.

**Das „Erwachende Dorf“ für Monat Juni** kann für die Stadtkirche Breslaus Freitag und Sonnabend vormittag abgeholt werden.

## Gruppe junger Schauspieler: Cyankali

Die Berliner „Gruppe junger Schauspieler“, die mit „Revolte im Erziehungshaus“ ihre ersten großen Erfolge errang, hat seitdem viele Wege zurückgelegt. Wenn sich auch einiges an ihrer personellen Zusammensetzung geändert hat, die Idee, die diese einzelnen jungen Schauspieler zu ihrer Gruppe zusammenschloß, ist geblieben: Verhinderung des Klassenkampfes zu sein. Ihre Gruppe ist ein Protest gegen die Kommerzialisierung der Schauspielkunst (Kapitalismus an dem Ort der höchsten Bildung); ihr Spielplan wird bestimmt von dem Willen, die Lüge und Heuchelei, die unter dem Deckmantel der „über den Dingen stehenden Kunst“ ihre tägliche Verkörperung auf den Bühnen des Kapitalismus findet, zu vernichten.

Nach der „Revolte“, „Cyankali“. Zwei brennende Probleme unserer Zeit; kein Betätigungsfeld für „Menschenfreunde“, sondern Gebiete des Klassenkampfes. Hier ist der offene Gegner lieber (weil er geschlagen werden kann) als der Feind, der den mit Opfern bedeckten Kampfpfad nicht erschütternd, nicht aufreizend, sondern höchstens „interessant“ findet.

Es ist nicht die Schuld der „Gruppe“, daß in kapitalistischen

# Kommunistische Abrechnung mit dem Hungeretat

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde in die Generaldebatte über den diesjährigen Haushaltsplan eingetreten. Als erster sprach der Sozialdemokrat Tich. Seine Rede war ein Musterbeispiel der politischen Beweiskunst. Nachdem er und seine Fraktion in den letzten Jahren jedem, auch noch so schändlichen Etat zugestimmt haben, mimen sie jetzt, um das verlorengegangene Vertrauen der Arbeiter wiederzugewinnen, „Opposition“. Tich redete gegen die Befestigung der Selbstverwaltung, die es heute nicht mehr gäbe, gegen die Umwandlung der städtischen Betriebswerke in Aktiengesellschaften usw. Über sein Wort sagte er, davon, daß seine preußischen Mitbürgergenossen die Cyprioten der Diktatur über die Kommunen, sein Bürgermeistergenosse Mache der Wortführer der Privatisierungspläne des Magistrats ist. Auch gegen die 10 000 Mark-Bußgelder für die Plebskassen wandte er sich, mußte aber unter tosendem Gelächter abtreten, als von deutschnationaler Seite am Schluß seiner Rede gerufen wurde: „Auf Wiedersehen beim nächsten Plebskassen!“

Nach Tich sprach der Deutschnationale Thum. Er verhöhnte die Sozialdemokraten, indem er ihren „Wünschen“ gegenüber dieselben Argumente gebrauchte, die sonst die Sozialdemokraten zur Ablehnung kommunistischer Forderungen verwenden. Es war bezeichnend, daß er, der Deutschnationale, dem sozialdemokratischen Redner sagen konnte, daß die preußischen sozialdemokratischen Minister den Anfang in der Befestigung der Selbstverwaltung gemacht haben. Im übrigen redete Thum viel von der Notwendigkeit, der Landwirtschaft zu helfen, ohne daß man begriff, was das mit dem Breslauer Etat zu tun haben sollte.

Dritter in der Rednerliste war der Zentrumsmann Wolf. Aus seinen Ausführungen ist nur erwähnenswert, daß er ausdrücklich betonte, daß auch der neue Kurs des Zentrums kein „Hindernis“ für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten (!) sei. Dann bestätigte er unsere Behauptungen über die Zusammenstellung des Etats, indem er ausdrücklich erklärte, daß derselbe auch von sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern nicht abgelehnt worden sei. (!)

Die folgenden Redner Behringer (Volkspartei), Wolf (Demokrat) und Kogam (Mieter) sagten nichts wesentliches. Die Etatdebatte wurde, obwohl sie um Not und Elend von Hunderttausenden ging, immer mehr zu einer albernen Witzerei.

Als letzter Stadtröner sprach für die kommunistische Fraktion der

Genosse Kbelk. Er war der Einzige, der auf die grundsätzliche Bedeutung des neuen Haushaltsplans einging und seine Zusammenhänge mit der „großen Politik“ in Reich und Ländern aufzeigte. Seine Rede war außerordentlich einflussreich. Wir werden sie morgen zu Beginn unserer Werbepkampagne für Preß und Partei ausführlich wiedergeben.

Vor Beginn der Etatberatungen waren noch einige Vorlagen betrüßlos erledigt worden. Der Durchführungsplan des 11. 7. 1920 (Kommunenrotstandsarbeit, die insgesamt 1 014 000 Mark im Dezember 1920 040 Mark städtischer Zuschuß) wurde einstimmig. Bei diesen Arbeiten werden 401 Volkshilfsarbeiter beschäftigt werden. Ebenso wurde genehmigt der Entwurf von Gehältern in der Stadt zum Kleinwohnungsbau, mit der Maßgabe, daß in Zukunft die Mieter für die Wohnungen der Volkshilfsarbeiter durch den Magistrat festgesetzt werden. Praktisch ändert das an der Situation nichts; die Mieter werden dann eben nicht mehr von Stadtrat Fruch allein, sondern vom Gesamtmagistrat in die Höhe geschraubt. Zum Schluß des Stadttages wurde eine Koalitions-Delegation aus Sozialdemokraten, Zentrumlern und Deutschnationalen gewählt. Die Vorlage auf Anschließung der städtischen Betriebswerke an das Elektrizitätswerk Schlesien wurde in den Ausschuß zurückverwiesen.

Erwähnenwert ist noch die Begründung, mit der die Magistratsrat sich nicht an der Etatdebatte beteiligten. Ihr Führer Steffen erklärte, daß die anderen Parteien nur wollten, daß sie sich lächerlich machen sollten, um sie nachher wieder veralbern zu können. Fürwahr, das sind selber ohne Furcht und Tadel!

## Dr. Wagner soll bleiben

### Eilige Vorschläge für die neuen Stadträte

Soeben wird vom Presseamt mitgeteilt: In der geheimen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fand eine Aussprache über die Befestigung der Stelle des Oberbürgermeisters und der drei städtischen Stadtratsstellen statt. Der Wahlauschluß hatte die Oberbürgermeister des Oberbürgermeisters Dr. Wagner, sowie die Wahl der Herren Obermagistratsrat Dr. Gieseler, Magistratsrat Kühn und Stadtverordneten Dr. Wolf zu Stadträten vorgeschlagen.

Wir werden auf diese Meldung, die uns erst nach Redaktionsschluß zugeht, nicht zurückkommen.

Theatern diese Sorte Zeitgenossen einen Teil ihres Publikums bildet. Am Mittwoch war es jedenfalls im Thalia-Theater unerträglich. Da ist aber auch keine Spur einer geistigen Einstellung zu dem Problem. Seine Unverschämtheit, der Herr Fünf-Mark-Platzinhaber, gibt sich auch nicht die geringste Mühe, seinen Dooslopp wenigstens so weit anzustrengen, den Zusammenhang des Bühnengeschehens zu begreifen. Er sieht nur das einzelne Bild (dessen „Komik“ als Ausschnitt des ganzen Geschehens tragisch wirkt) und wiehert drauf los. Nachhaken ohne Ende bei „Cyankali“! Das sagt wohl genug!

Friedrich Wolf, ein Arzt, ist der Autor. Sein Wort davon, daß er etwa so schwarz gemalt hat. (Das ist hinsichtlich des § 218 (Schlechterbings unmöglich.) Er hat in laubender Arbeit Szenen des Alltagslebens aneinandergereiht (nicht gedichtet). Der Vorwurf der Tendenzmacherei ist albern, da jedes Bühnenwerk einschließlich der

Plakater bisher „Tendenz“, wenn auch meist eine dumme und lächerliche, hatte. Besonders erschütternd jene Augenblicke, in denen es klar wird, daß selbst die anderen, die Gemeinen und Hochmütigen, der Arzt und der Hausverwalter, Befangene des mordenden Systems, Werkzeuge des Molochs Kapital sind. Einwendungen wären allerdings zu machen gegen die Zeichnung der proletarischen Typen; gegen die Charakterisierung der „Pauls“ und „Kudus“, der Frauen. Das ist verschonender, das zeigt den Autor mit jenem Wagnis, die jeder hat, der nicht als Arbeiter, sondern über die Arbeiter schreibt.

Es hieße dem Kollektgeist der „Gruppe“ zuwiderhandeln, wollte man einzelne der Darsteller herausgreifen. Sie waren durchweg das, was man von den Verkörperern einer solchen Handlung erwartet. Einige Mängel scheinen uns im Sprachlichen zu liegen; vielleicht noch eine zu starke Betonung der Situationskomik einzelner Szenen. Aber das sind Kleinigkeiten, die die hervorragende Gesamtleistung nicht beeinträchtigen.

# Die Zusammenstöße in der Wahnacht

## Phantasten und Lügner als Kronzeugen der „Volkswacht“ und Staatsanwaltschaft

Am Vor dem Schöffengericht standen gestern die Arbeiter Kirchner, Paul Scheuner und Hermann Scheuner unter der Beschuldigung, an den bekannten Vorgängen beteiligt gewesen zu sein, die sich in der Nacht vom 16. zum 17. November v. J. am Neumarkt und an der Sandbrücke abgepielt haben. Wegen der Vorfälle am Neumarkt lautete die Anklage gegen alle drei Angeklagten auf „Landfriedensbruch“, während wegen des Zusammenstoßes an der Sandbrücke, bei dem ein gewisser Bed am rechten Auge verletzt wurde, nur gegen Kirchner Anklage wegen Körperverletzung erhoben war. In dieser letzten Sache kam es während der Beweisaufnahme zu sensationellen Aufstritten. Der Zeuge Pfeifer, der Kirchner in der Voruntersuchung belastet hatte, konnte sich auf nichts mehr erinnern. Seine damalige Befundung, er sei selbst von den „Kommunisten“ auf der Sandbrücke tätlich geschlagen und außerdem sei ihm die Jacke zerrissen worden.

widerrief er ausdrücklich.

Das war der eine Kronzeuge der Staatsanwaltschaft. Noch größerer Entlarfung sich der Zeuge Bed, der Verletzte, der mit einer Binde vor dem Auge in den Gerichtssaal kam, obwohl er bereits Witte Delember als geheilt aus dem Hospital entlassen worden ist.

Dieser ausgesprochene Phantast machte Angaben, die sich dauernd widersprachen.

Nach seiner Erzählung sind ihm während der ärztlichen Behandlung Nägel aus dem Auge herausgeritten, was der ärztliche Sachverständige als unmöglich bezeichnete, da das Auge sofort gründlich ausgewaschen wurde. Als der Sachverständige im Gerichtssaal das Auge noch einmal untersuchte, fand er unter dem Lid ein großes rotes Hühnerhäutchen (!) was sich Bed absichtlich dort eingelegt hatte. Bed's Anklage zur Phantasterei geht auch daraus hervor, daß er verbreitete, er habe ein Flugzeug erstanden und dafür von Professor Junkers 3 Millionen Dollars versprochen erhalten.

Außerdem wäre er einmal nach der Sowjetunion geflogen und hätte dort einen Lorbeerkranz als Auszeichnung erhalten.

Bon solcher Beschaffenheit also war der zweite Zeuge der Staatsanwaltschaft! Der dritte war der Polizeiwachmeister Mup, ein noch recht jugendlicher Beamter, der merkwürdigerweise bei fast allen Zusammenstößen immer dabei ist, weil er angeblich sehr schlagfertig ist. Er hatte Kirchner er folgenommen und hielt es für besonders notwendig, daß der Gefangenene kurz vor der Vollverurteilung einen Klopstein weggeworfen hatte. Das war aber ein Klopstein mit roter Farbe, während Bed mit einem Kalkstein geblasen worden sein will. Angesichts dieser Sachlage blieb selbst dem Staatsanwalt nichts anderes übrig, als die Anklage wegen Körperverletzung fallen zu lassen.

Bei der Sache auf dem Neumarkt handelte es sich um den Zusammenstoß zwischen einer provozierenden Knebelkolonne der SPD mit einem unserer Knebeltrupps, bei dem der sozialdemokratische Knebel Schröder ums Leben kam und der SPD-Mann Fischer am rechten Auge verletzt wurde. Es herrschte damals große Erregung darüber, daß SPD-Kolonnen die Propagandaarbeit unserer Genossen durch Uebermalen mit eigenen Parolen vernichtet hatten. Aus dieser Erregung heraus entstand dann spontan jener Zusammenstoß mit den SPD-Leuten, der die natürlich nicht beabsichtigten Folgen haben sollte. In dem Bestreben, auf jeden Fall einige „Schuldige“ zu haben, hat die Staatsanwaltschaft Kirchner und die Brüder Scheuner auf die Anklagebank gebracht.

nachdem einige andere Beschuldigte bereits vorher außer Verfolgung gesetzt werden mußten.

Paul Scheuner ist bei jenem Zusammenstoß überhaupt nicht auf dem Neumarkt gewesen; keiner der Zeugen konnte das Gegenteil behaupten. Sein Bruder ist wohl dort gesehen worden, aber mit einem Kade, und während des Zusammenstoßes stand er abseits, was sogar ein SPD-Mann bestätigte. blieb also nur noch Kirchner. Ihn wollen einige Zeugen bei dem Trupp gesehen haben, der auf die SPD-Leute zugeht, aber die Aussagen dieser Zeugen waren so unbestimmt und vielfach einander widersprechend, daß absolut nichts daraus gefolgert werden konnte. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen Kirchner acht Monate Gefängnis. Merkwürdigerweise hielt er auch Hermann Scheuner für überführt und beantragte gegen ihn sechs Monate Gefängnis, während er bei Paul Scheuner die Anklage fallen lassen mußte.

In seinem überaus wirkungsvollen Plädoyer zerplückte der von der Roten Hilfe gestellte Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Gottschalk, die auf sehr schwachen Füßen stehende Anklage, daß nichts mehr von ihr übrig blieb. Insbesondere führte er aus, daß von Landfriedensbruch keine Rede sein könne, sondern daß lediglich eine Schlägerei vorliege, wegen der aber keiner der Angeklagten bestraft werden könne. Aber das Gericht dachte darüber natürlich anders. Zwar sprach es außer Paul auch Hermann Scheuner frei, aber um so schwerer fiel der Urteilspruch gegen Kirchner aus. Er wurde zu fünf Monaten Gefängnis wegen Landfriedensbruches verurteilt. Es wurde also über die Mindeststrafe, die drei Monate beträgt, beträchtlich hinausgegangen, obwohl, wie in der Urteilsbegründung ausdrücklich hieß, Kirchner nur wegen seines Aufenthalts in dem „Trupp“, nicht etwa wegen einer direkten Täterschaft bezüglich der Körperverletzung verurteilt worden ist. Kirchner hatte bereits in der Sache Bed, lediglich auf Grund der unglaubwürdigen Befundungen der beiden vor Gericht entlarvten Belastungszeugen, 2 1/2 Monate unschuldig in Untersuchungshaft gesessen. Es ist unerhört, mit welcher Leichtfertigkeit die Anklagebehörde Menschen auf Monate ins Gefängnis steckt, wenn es sich um revolutionäre Arbeiter handelt.

## Mittelschlesien

### Wichtige Erwerbslosendemonstration in Brieg.

Am Dienstag versammelten sich einige hundert Erwerbslose zu einer Kundgebung auf dem Ring. Eine von der Stadtverordnetenversammlung bewilligte Wirtschaftsschleife war vom Magistrat kurz vorher abgelehnt worden, deshalb der Protest. Schon lange vor Beginn der Kundgebung war die Polizei zur Stelle. Die Angst vor den hungernden Erwerbslosen ist groß. Stadtverordneter Genosse Schüller kennzeichnete in seinen Ausführungen treffend das heutige Regime, machte die Erwerbslosen auf die Ausbeuterpolitik aufmerksam und forderte sie auf, nicht eher von der Stelle zu gehen, bis sich der Magistrat eindeutig erklärt hat. Eine aus drei Erwerbslosen bestehende Delegation verhandelte mit dem Magistrat. Der Erfolg: ganze auf 6 bis 9 Mark lautende Lebensmittelscheine für die Haushaltsvorstände der Wohlfahrtsunterstützten. Immer wieder erklärte der Oberbürgermeister, es wäre für diese Zwecke „kein Geld“ vorhanden. Die Delegation hielt dem Herrn unter die Nase, daß sie keine Hunger- und Bettelstämme haben wolle, sondern der Kampf geht um Arbeit und Brot. Die Wohlfahrtsmitglieder mit ihrem fetten Gehalt werden niemals die Notlage der Erwerbslosen verstehen wollen, aber die Erwerbslosen, und das zeigte die Stimmung bei der Kundgebung, werden sich um einreihen in die große Kampffront, um das kapitalistische System zu stürzen.

## So sehen die Kommunistenfresser aus

In der Monatsversammlung des Baugewerksverbandes, Jahrestag, gab der 1. Vorsitzende König Bericht über die Unterbezirkskonferenz. Es herrscht in Trebnitz die Mode, daß die Vorsitzenden zugleich die Poliere der Kaufirma Hubert Janitz sind. Hat dann dieser oder jener Kollege das Zeug, bei diesen Keinen Göttern misshandelt zu sein, oder gar den Verdacht erregt, der SPD anzugehören, dann kann er das ganze Jahr sich vergeblich um Arbeit bemühen. Hier am Orte besteht auch eine Siedlungsgesellschaft, deren Vorstand sich, wie Kollege Günter Brandwarte, aus zwei Bauunternehmern, einem SPD-Landtagsabgeordneten und dem 1. Kartellvorsitzenden zusammensetzt. Dieser Vorsitzende hätte es fertiggebracht, den 1. Mai zu feiern, nachdem er sich den Tag als im aufstehenden Urlaubstag bezahlet ließ. Wie sieht es nun mit der Abrechnung dieser Gesellschaft aus? Die Ausführung übernahmen der erste und zweite Geschäftsführer, die Kaufirma Herbert Janitz, und beschäftigten bei einem Bau einen Polier, einen Hilfsarbeiter und zwölf Lehrlinge. Also bleibt der Profit schon in der Tasche der Geschäftsführer. So wird das Ding geführt.

**Friedensfeier.** Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Abteilung. Sonnabend, 20 Uhr, Vortragsversammlung im Vereinslokal „Sängerklub“. Erscheinen Aller erwünscht.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Gansel, Berlin; für den Provinzialteil (außer Oberschlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberschlesien Fritz Tendrosch, Gleiwitz. Für Inserate: Carl Gansel, Breslau.

**Hausfrauen!**



**Wir marschieren mit** und geben bei allen Einkäufen die 8%ige **EDEKA**-Rabattmarke. Diese Rabattmarke wird nicht nur in den Lebensmittelgeschäften, sondern auch in einer großen Anzahl Geschäfte anderer Branchen verausgabt, die kenntlich gemacht sind durch das nebenstehende **EDEKA**-Plakat. Für die Einlösung bürgt die **Edeka-Großhandel Breslau G.m.b.H.**

**DRUCKSACHEN**

aller Art, wie Briefbogen, Rechnungen, Preislisten, Prospekte, Kataloge, Programme, Eintrittskarten, Plakate, Flugblätter, Broschüren, Dissertationen, Werke verschiedenster Art, Zeitschriften, Zeitungen. Spez.: Massenaufagen werden in unserer leistungsfähigen Druckerei in moderner Ausstattung ein- und mehrfarbig preiswert hergestellt

**PEUVAG, DRUCKEREI-FILIALE BRESLAU 10**  
Trebntzer Straße 50 / Fernsprech-Anschluß Nr. 28837

**Empfehlenswerte Lokale von Groß-Breslau**

Konzertlokal  
**„Strehlener Bierhalle“**

13431 Ohlauer Straße 1/2

Reinhold Pohl & Co. / Inh. Kluge  
Kornbrennerei  
Mehlgasse 43 Matthiasstr. 7  
13564

Gaststätte z. Lessing

Adalbertstraße 10  
Treff • sämtlicher Werktätigen!  
Saal f. Vereinsfestlichkeit.  
13430

„Drei-Kronen-Säle“ Breslau-Rosenthal

Säle für Vereinsfestlichkeiten / Tel. 500 34  
Jeden Sonntag Tanz u. humor. Vorträge  
Städtischer Auto-Omnibus ab Trebn. Platz—Gartenstr.  
13440

Gaststätte „LIEBICHSHÖHE“

Inh. A. Andersch Telefon 272 33  
Spezial-Ausschank der Haselbach-Brauerei  
13118

Verlangt überall  
**„Weißer Roben“**  
13567

Hotel „Gelber Löwe“, Oderstr. 23  
Treff • sämtlicher Werktätigen  
13431 Fremdenzimmer zu erm. Preisen

Bürgerl. Brauhaus Breslau  
A.G. / Hubenstraße 44/48

empfiehlt ihre wohlschmeckenden u. bekömmlichen Biere  
und zwar: Lagerbier, hell und dunkel  
Bürgerbräu, hell  
und Caramel-Tafel-Vollbier  
13438

KUBETZKY'S  
GESELLSCHAFTSHAUS  
Mehlgasse 11

Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag  
Großer Fest-Tanz  
Fernruf 59490 13437  
Saal zu Festlichkeiten und Versammlungen

Pulvermanns Gaststätte  
Bollnow Platz 5  
Gaststätte zum Altmeister  
Friedrich-Wilhelm-Straße 61  
13672



Trinkt den guten  
**Hennig-Crème!**  
Überall erhältlich!

Die bevorzugten **Gotthard-Meisner-Gaststätten** bieten Jedem nur das Beste

**B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau**

**Zentrum**

Richard Krusch, Wurstfabrik  
Adalbertstraße 13, Klosterstraße 49  
Matthiasstr. 166, N. Taschenstr. 30  
Tiergartenstraße 26 13511

UHREN und GOLDWAREN  
preiswert durch direkten Einkauf  
bei Lewy, Alte Graupenstraße 6/10  
Besichtigung ohne Kaufzwang  
13151

Kauff bei Blasse!  
Blasse ist billig!  
13482

WILHELM SCHWARZ  
Lassalle-Platz 1 ptr. (Karlsplatz)  
Tuche und Futterstoffe  
Größte Auswahl bei niedrigen Preisen  
13394

Molkerei-Produkte  
Richard Baumert, Ring 7  
13391



**Gegen Infektion**  
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich 13384

Silesia-Matratzenfabrik

Kupferschmiedestr. 44, Ecke Schuhbrücke  
Metallbettstellen liefert gut u. preiswert Matratzen  
Steppdecken 13564 Chaiselongues

Popoff Echter Joghurt-Käse  
überall erhältlich 13876

Die Packung  
ragt alles  
13400



Robenschwarze Wäsche  
wird mit **Ruba-Seife**  
schnee weiss  
**Ruba-Werke**  
Rudolph Balhorn GmbH Breslau

Theodor Buchalt  
Zwingerplatz 2  
und Filialen  
Vogelkutter, Vogelkäfige  
Käfig-Utensilien 13669

„PIETAT“  
WILHELM SCHNEIDER  
Beerdigungs-Anstalt  
Begräbnis-Versicherung  
„Deutscher Herold“  
Schuhbrücke 22, 23, 60  
Ecke Keyserstraße  
Fernsprecher Nr. 54404  
13665

**Felix Kayser**  
MUSIKHAUS  
13401  
und Juchaczstraße 11

**W. Kelling**

Reinigt / färbt / wäscht

13419

UHREN  
GOLD- UND SILBERWAREN  
Emil Friesing, Juwelier

Inhaber A. Hempf  
Albrechtstraße 5, Ecke Schuhbrücke  
13386

**P. Pohlz** Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik  
13565 Filialen in allen Stadtteilen

**R. Karsunky & Co. / Möbel**  
13566 Rosenfahler Straße 2, Ecke Matthiasstr.

**Zentrum**

**Möbel-Weigt**

Hauptgeschäft Nikolaistraße 7  
Zweiggeschäft Bohrauer Straße 1  
Größte Auswahl in Zimmern u. Einzelmöbeln  
gut / reell / billig  
Teilzahlung nach Vereinbarung  
13387

Beerdigungsanstalt  
C. HEYMANN  
Überführungen / Feuerbestattungen  
Begräbnis-Versicherung  
Breslau I, Klosterstraße 95/97  
Tel. 58747 u. 58748  
Zweiggeschäft: Gräbschener Straße 43  
13373

**West**

Fleischerei und Wurstfabrik  
13390

Georg Fischer  
Friedrich-Wilhelm-Straße 2  
**Möbelhaus**  
Paul Lorenz  
13389  
Nikolaistr. 61/62

TEE :: KAFFEE :: KAKAO  
nur im Spezialgeschäft  
Reuschestraße 45  
Nähe Königsplatz  
EIGENE RÖSTEREI  
13398

**Nord**

BÄCKEREI UND KONFITOREI  
Richard Scholz  
13479

Fahrräder — Schallplatten  
Zubehör  
Paul Tangelst, Kohlenstraße 26  
13388

Karl Lahn, Rosenthaler Straße 2  
Eisenwaren — Küchengeräte  
13393

LEBENSMITTEL  
**Ed. Stragotta**  
Ritter- und Garten-Markthalle, Galerie  
Trebntzer Straße 52  
13435

**Süd**  
Das echte Schlüterbrot  
Vollkornbrot  
Hermann Scholz / Bäckermeister  
Gräbschener Straße 68  
13385

**Süd**

Glas- und Bilderhandlung  
Richard Wenzel, Gräbschener Str. 20  
13396

Reserviert

**Fahrradhaus OST**

Klosterstraße 13  
liefert Fahrräder schon von Mark 30.50 an. Fahrrad-  
teile konkurrenzlos billig 12305



Schuhwaren  
nur bei  
**Wilhelm Vogel**  
Scheiniger Straße 12  
Friedrich-Wilhelm-Straße 60  
13562

13674  
**MOBEL**  
100 Musterzimmer  
Einzelmöbel  
Zahlungserleichterung

Genossen  
beim  
Einkauf  
beachtet  
unsere  
Insertenten

**Fahrräder**  
BRESLAU, KLOSTERSTR. 33  
FERNRUUF 29820  
Erlischt sämtl. Erd- u. Feuerbestattungen.  
Modernes Sarglager zu streng nat. Preisen. 1367





